



Gemeindeblatt

Nr. 8 · 20. Februar 1987 · Jhg. 43

Wochenzeitung für Regionalpolitik und Kultur

Bezirk Landeck

20. Februar: Andreas Hofer-Tag

Heutigentags wird der Andreas Hofer-Gedenktag am 20. Februar von der Öffentlichkeit nur mehr sehr vage wahrgenommen. Die Nachkommen jener, die sich gegen die bayrisch-französischen Eindringlinge mit Stutzen, Sensen und Flegeln zur Wehr gesetzt haben, sind zu sehr damit beschäftigt, die Nachkommen jener Eindringlinge zu bewirten.

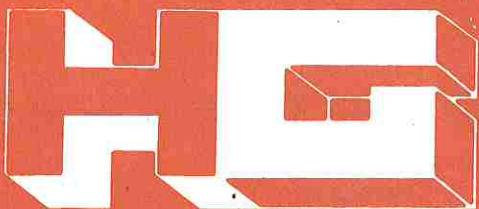
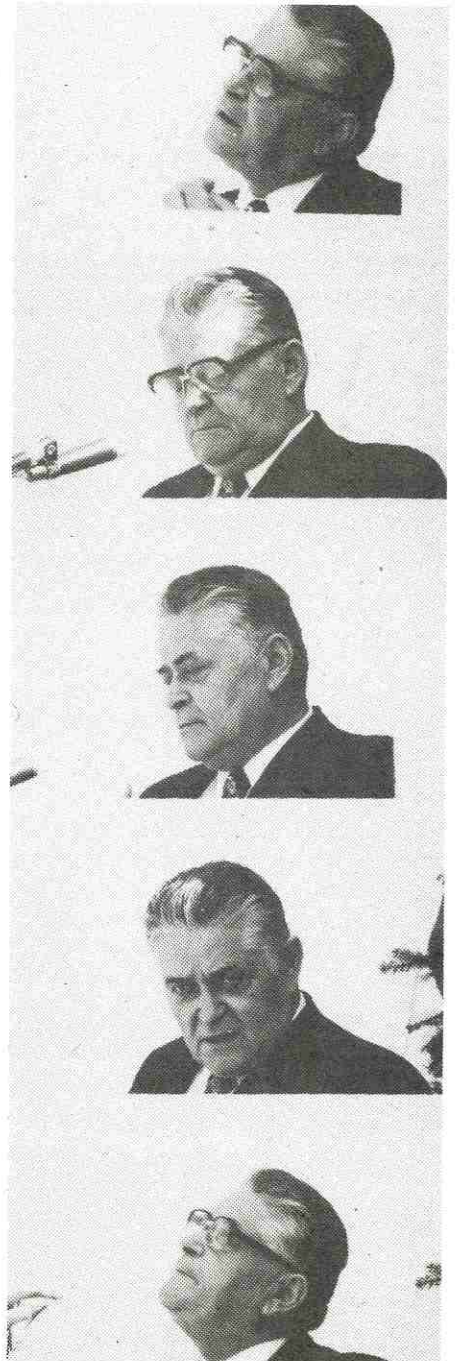
Der Tiroler Landeshauptmann Eduard Wallnöfer (wir wünschen ihm von Herzen volle Genesung) war stets ein Verehrer Andreas Hofers. Er wird diesen Tag sicher auch dann wahrnehmen, wenn er nicht mehr Tiroler Landeshauptmann ist. Es darf vermutet werden, daß sich das »politische Urgestein« Wallnöfer dem »Mann vom Land Tirol« sehr nahe und verbunden fühlt. Da muß man nicht an Wallnöfers Bewegtheit beim großen Umzug im Landesgedächtnisjahr 1984 erinnern.

Auch wir sollten den Andreas Hofer-Tag nicht unbedacht vorübergehen lassen. Wir sollten vielleicht über unsere Selbstverständnis als Tiroler und Österreicher nachdenken, sollten versuchen, einige Fragen zu stellen und zu beantworten. Die Frage etwa, wie wir jene behandeln, die zu uns kommen oder Minderheiten im Lande selbst darstellen. Oder die Frage, wie wir solchen, die eine andere Meinung haben, begegnen, ob die Entwicklung, die das »Land im Gebirge« in den letzten Jahrzehnten genommen, nicht in manchen Bereichen zum Nachteil verlaufen sei. Es sollte die Frage gestellt werden, ob man nicht endlich Fragen danach stellen müßte, wie die Zeit des Nationalsozialismus hier gewesen sei. (Dazu

beginnt eine dreiteilige Geschichte in dieser Ausgabe). An diesem Tag sollte man vielleicht auch etwas lesen; nicht die heimischen Tageszeitungen, welche eher Blätter vor dem Hirn sind, sondern anderes. Den Artikel Gerhard Roths (Die Zeit Nr. 7/1987) »Was für den einen das Paradies ist, kann für den anderen die Hölle sein — Ein österreichischer Selbstabgriff als Selbsterkenntnis« etwa, in dem Roth neben vielem anderen auch folgendes sagt:

»Am meisten hassen sich die Österreicher untereinander. Der österreichische Lebensstil ist auf Sentimentalität und gegenseitigem Haß aufgebaut, der schließlich in Selbsthaß gipfelt. Der Selbsthaß jedoch ist nur der Ausdruck für das große Selbstinteresse, das der Österreicher sich entgegenbringt, nur aus seiner Kleinlichkeit heraus kann er sich nicht selbst lieben; konsequenterweise verhält er sich zu sich selbst ebenfalls so kleinlich wie zu seiner Umwelt (...). Und wenn auch das Land katholisch ist, wenn das Katholische in den Köpfen herumspukt, wenn dieses Land auch gleichzeitig ein Land der Waserln ist und der Ehepaare, die sich mit Vati und Mutti ansprechen, ein Land, wie vom österreichischen Karikaturisten Manfred Deix gezeichnet und von Helmut Qualtinger mit Text versehen, so ist es auch ein Land des Gegenteils, das Gegenteil des Gegenteils, das lebende Paradoxon. Vielleicht ist es deshalb so schwer zu fassen, weil der Österreicher sich ganz anders sieht, als er gesehen wird. Das mag daran liegen, daß er fast seit einem Jahrhundert nicht mehr in den Spiegel geschaut hat. Es wird langsam Zeit.

O.P.



IHR PARTNER BEIM BAUEN
GOLDINGER

Wochenkalendarium

Namenstage vom 20.2. bis 27.2.

FR: Eucherius, Leon
SA: Peter, Damian, German
SO: Stuhlfeier d. hl. Petrus, Margareta v. Cortona, Marhold
MO: Polykarp, Willigis, Milburg, Otto, Romana
DI: Matthias, Edelbert, Flavian, Markus
MI: Walburg, Adeltrud
DO: Dionys, Edigna, Gerlinde, Mechthild,

Ottokar
FR: Baldomer, Gabriel v.d. schmerz. Mutter, Markward

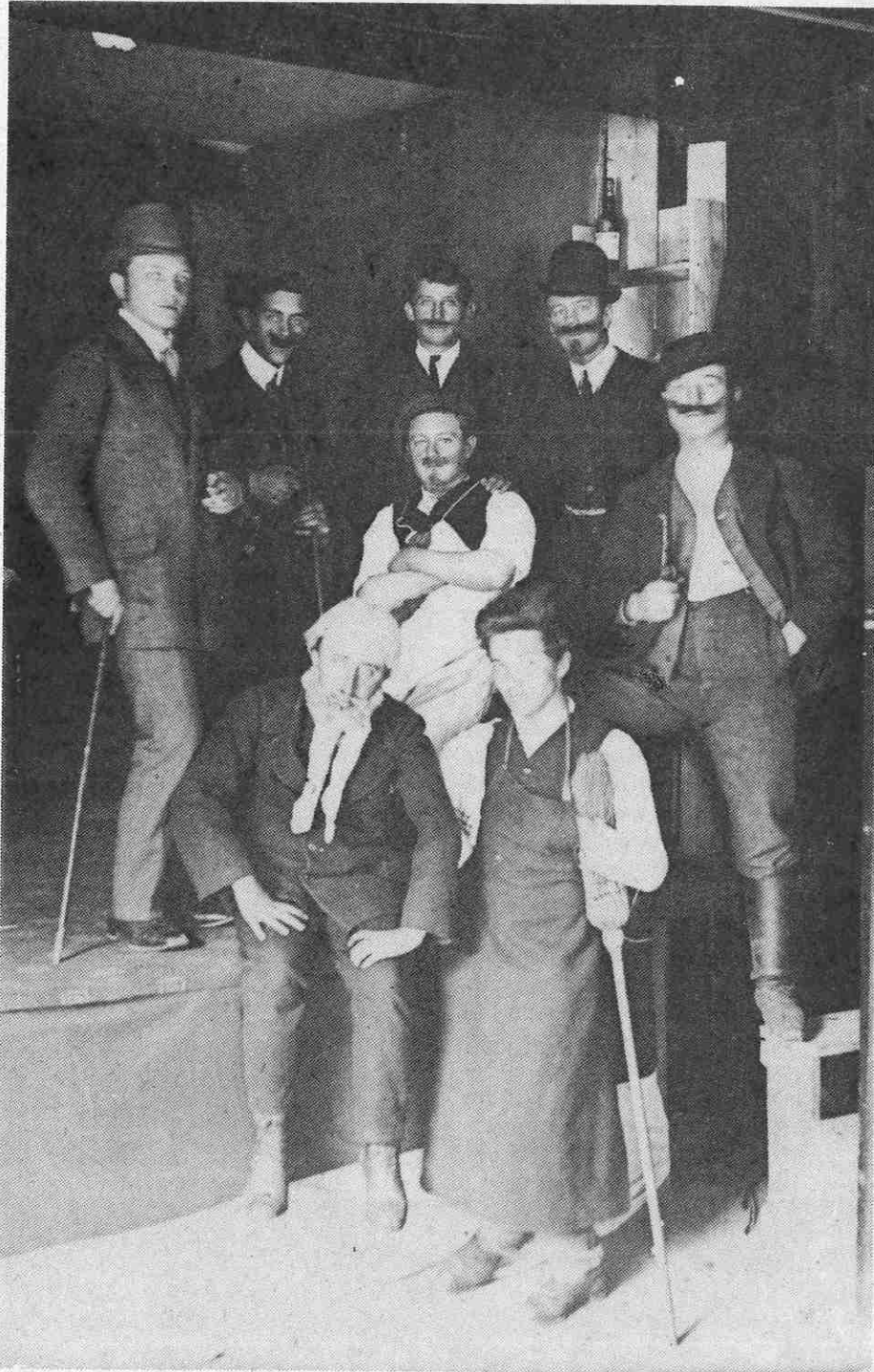
Himmelserscheinung

Der Mond »geht über sich« am 23. Februar.

Bauernregel:

Wie's Petrus vor Matthias macht, so bleibt es noch durch 40 Nacht.

Wie es früher war...



Theatergruppe St. Anton im Jahre 1919; Foto von Eva Tilzer, St. Anton, zur Verfügung gestellt.

Die Heilige Walburga (Gedenken: 25.2.)

Der Name Walburga, Walli, Burgel ist in Süddeutschland noch heute sehr gebräuchlich. Obgleich diese Heilige aus England stammte, ist sie in Bayern, wo ihr Wirkungskreis war, am bekanntesten. Walburga war die Schwester der fränkischen Heiligen Wunibald und Willibald und damit also eine Tochter des sagenhaften angelsächsischen König Richard. Sie wurde in dem englischen Kloster Wimborne bei Bornemouth erzogen. Einige Zeit war sie als Benediktiner Äbtissin in Essex tätig. Ihr Oheim, der heilige Bonifatius, rief zunächst Männer zur Unterstützung seiner Missionsarbeit nach Deutschland. Willibald und Wunibald errichteten mehrere Klöster als Ausgangsstützpunkte ihrer Bekehrungstätigkeit. Walburga folgte dem Ruf ihres Bruders und wurde Vorsteherin eines Frauenklosters in der Gegend von Tauber-Bischofsheim. Wunibald zog nach Heidenheim und gründete dort ein Doppelkloster. Seine Schwester Walburga ließ er um 752 nachkommen. Nach Wunibalds Tod stand Walburga ab 761 dann bei den Klöstern gemeinsam als Äbtissin vor. Walburga bewies in ihrem neuen Amt hervorragendes Organisationstalent und vorzügliche Lehrbegabung. Sie verstand es, Mönche und Nonnen in der rechten Weise zu führen. Die fränkischen Edelleute schickten ihre Töchter gern in die Ordensschule der Engländerinnen. Auf diese Weise verbreitete sich das Christentum bald im ganzen Land.

Walburga starb am 25. Februar 779. Bischof Otkar ließ im Jahr 871 ihre Gebeine nach Eichstätt überführen. Da seit dem 9. Jahrhundert in Eichstätt ihre Überführung am 1. Mai gefeiert wird, heißt die Nacht davor »Walpurgisnacht«. In dieser Nacht, so glaubte man, durften die bösen Geister sich versammeln und sich ihren Exzessen hingeben. Diese Nacht galt als Freinacht für Hexenspuk, Liebeszauber und sonstigen Aberglauben. Mit dem Aufgehen der Sonne wurden alle bösen Geister in die Dunkelheit zurückgetrieben. Vielleicht verband man mit dem Anbruch des ersten Maientages ein dankbares Erinnern an jene Frauen aus England, die in der finsternen Zeit des Heidentums das Licht Christi verkündeten und zu denen Walburga gehörte.

In den USA kamen künstliche Gipsbeine mit Reißverschluß auf den Markt. Sie sind für diejenigen »Wintersportler« gedacht, die sich in erster Linie der attraktiven Begleiterscheinung erfreuen und eine sportliche Betätigung vortäuschen wollen.

Entartete Kunst im St. Antoner Kandaharhaus

Bürgermeister und FV-Obmann verlangen Entfernung von Exponaten aus der Ausstellung von Ulla Zupevec. Begründung: Provokation.

Am Valentinstag gab es im St. Antoner Kandaharhaus für die ausstellenden Damen Blumen. Für den Einrichter der Ausstellungen, Nikolaus Tilzer, gab es bereits einen Tag später einen Ordnungsruf. So nicht, meinten Bürgermeister Herbert Sprenger und FVV-Obmann Rudi Tschol. Sie fühlten sich von Objekten Ulla Zupevecs provoziert. Zum einen hatte es die freche Dame gewagt, ein herrliches Hirschgeweih in der Kaminhalle weiß zu verbinden und darunter schriftlich und mit symbolträchtigen Gegenständen die Zunft der Schilehrer kritisch darzustellen; zum anderen hatte sie auf einer langgestreckten, weißen Leinwand wenig Respekt vor den Politikern gezeigt.

Der Schilehrer als Steiger und die Politik als Hure, die ihr Fähnchen nach dem Winde hängt (wobei noch bezweifelt wird, ob überhaupt einer da ist): solches geht am heiligen St. Arlberg nun wirklich nicht. Also hinweg mit ihm!

Bei Redaktionsschluß war die Auseinandersetzung noch in vollem Gange. (Bei Erscheinen dieser GB-Ausgabe gibt es besagte Ausstellung vielleicht schon nicht mehr).

Vielleicht noch dies: Was zahlreichen hervorragenden Künstlern nicht gelungen ist, ist Ulla Zupevec gelungen: Bürgermeister HSD Herbert Sprenger und FVV-Obmann Rudi Tschol zu einer Ausstellung ins St. Antoner Kandaharhaus zu bringen. Erwähnt muß weiter noch werden, daß sich bei der Eröffnung der Ausstellung »Seelenwinter« (hat da jemand eine Vorahnung gehabt?) zahlreiche Besucher auch an den elegant-melancholischen Puppen von Angi Gmachi-Pammer, den literarischen Köstlichkeiten (serviert von Willi Salzmann) und den Stücken von CIEL NOIR erfreuten.

Zuletzt: Es wäre sehr schade, würde die bis jetzt so erfolgreiche Reihe zu einem Workshop für Hinterglasmaler und Bauernhäuserabzeichner verkommen. Wenn — dann muß man St. Anton pressemäßig der nationalen und internationalen Lächerlichkeit preisgeben.

O.P.

Die Weltoffenheit und Toleranz des Interschi-Kongreß-Ortes wird sich nicht auf die Probe stellen lassen. Deshalb laden wir alle unsere Freunde zur Abhängung unserer Bilder und Puppen, die teilweise wegen öffentlicher Provokation ultimativ angeordnet wurde, am Samstag, den 21.2.87 ab 14 Uhr ins St. Antoner Kandaharhaus ein.

**Ulla Zupevec
Angi Gmachi-Pammer**



»Seelenwinter« heißt die Ausstellung in St. Anton. Sieht die Puppe nicht aus, als dächte sie über die Freiheit der Kunst am Arlberg nach?

Foto: Perktold

Im gepflegten Heim

schöne **Stickereien**
Bilder und
Häkelarbeiten aus Ihrem



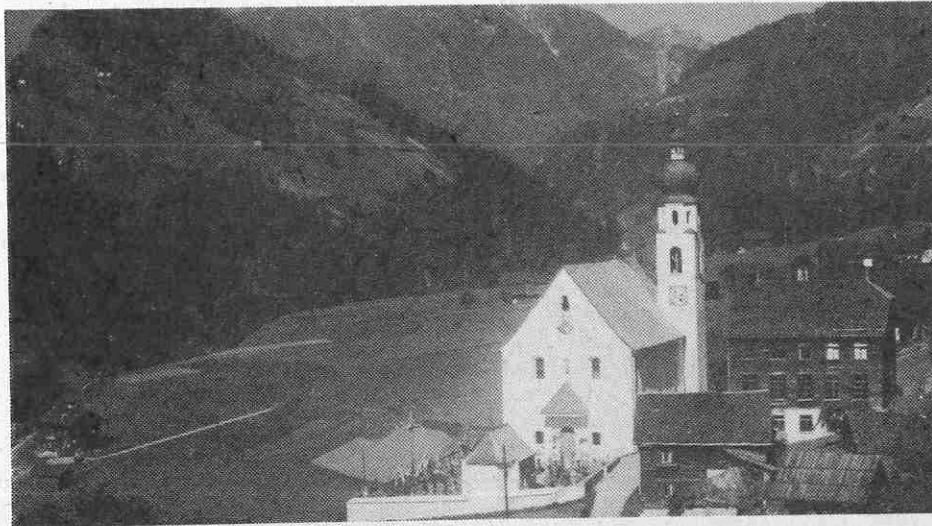


A-6500 Landeck

Aus der Schulgeschichte des Paznaun

Von Josef Walser

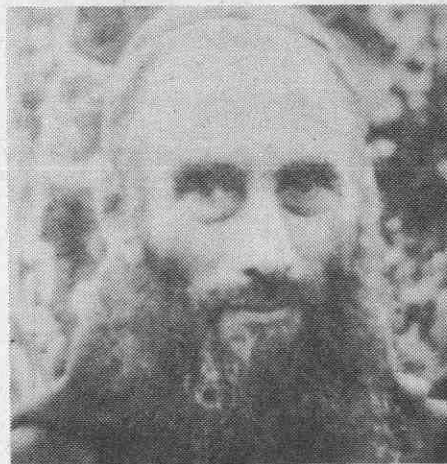
3. Folge und Schluß



Das Holzhaus mit Krüppelwalmdach (rechts im Bild) ist der Vorgänger des heutigen »Seaber« Schulhauses. (Der 1903 entstandene Bau wird 1954 abgerissen und an dessen Stelle wird das jetzige Schulhaus erstellt.)



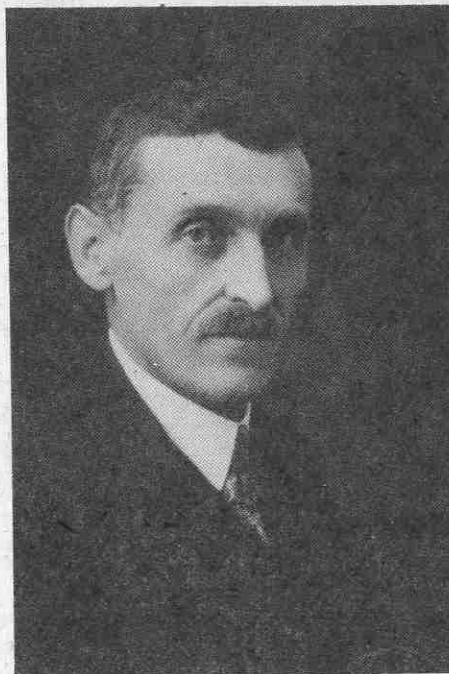
Das 1985 erbaute Schulhäuschen in See-Platz (Foto: VSD Josef Wolf)



Pater Zeno Pig (1832—1892)



Mathias Schmid, königl. bayr. Professor in München (1835—1923)



Hermann Zangerl (1875—1947)

Zwischen 1766 und 1796

wird die Volksschule See gegründet. Im Dezember 1766 richtet die Gemeinde See ein Schreiben an das Konsistorium in Brixen und verspricht, eine Kooperatur zu stiften, eine »Freischule« zu gründen und das Widum zu vergrößern. Im Jahre 1796 macht der aus See gebürtige Johann Zangerle, Priester und Gymnasiallehrer in Innsbruck, für den Schullehrer und Organisten zu See eine bedeutende Stiftung.

1825

In Platz, Gemeinde See, wird ein Schulhaus erbaut. In einem Bauernhaus in Habigen (»Schreiberis Haus«, HNr. 58) soll aber schon vorher Unterricht erteilt worden sein.

In diesem kleinen Schulhäuschen »genießen« bekannte Persönlichkeiten, wie Kapuzinermissionär Pater Zeno Pig, Kunstmaler Mathias Schmid, Volksschriftsteller Hans von der Trisanna, Architekt Hermann Zangerl und Jurist Dr. Heinrich Juen. Im Frühjahr 1971 wird das alte Platzer Schulhaus abgetragen.

1938

In einem Bauernhaus (»Kolpas Haus, HNr. 49) in Glitt (Gemeinde Kappl) wird für die Glitterberger Kinder ein Schulzimmer eingerichtet. 1949/1950 wird ein Schulhaus erbaut. Wegen Schülermangel wird am 4. Juli 1986 die Volksschule Glitterberg stillgelegt.

Verwendete Literatur:

- 1) Klien Robert, Tiroler Oberland, Ibk.-Wien-München 1972.
- 2) Schober Richard, Chronik von Ischgl, Ibk. 1975
- 3) Tinkhauser G.-Rapp L., Topografisch - historisch - statistische Landesbeschreibung der Diözese Brixen, Bd. 4, Brixen 1889
- 4) Zangerl Hermann, Das Paznaun — ein Tiroler Alpentälchen, Winterthur 1943.



Dr. Heinrich Juen (geb. 1931)

Zum Beispiel der Transitverkehr

von Markus Wilhelm

2. Folge

UND WAS IST MIT ÖSTERREICH?

»Außerdem muß die Gemeinschaft dahin streben, daß Drittländer die erforderlichen Maßnahmen treffen, um eine Freizügigkeit über die Grenzen hinweg zu garantieren. Der freie Transitverkehr zwischen Mitgliedstaaten auf dem Wege über Drittländer stellt nur einen Aspekt dieser Zielsetzung dar.« (»Bulletin der Europäischen Gemeinschaften«, Beilage 16/1973)

Das »Drittland« Österreich hat, im Gegensatz zum Drittland Schweiz, die erforderlichen Maßnahmen getroffen, um die gewünschte Freizügigkeit über die Grenzen hinweg zu garantieren. Österreich hat Autobahnen für den schnellen Transitverkehr von Staatsgrenze zu Staatsgrenze gebaut. Österreich hat alle Regelungen bezüglich Gewicht, Geschwindigkeit, Nachtfahrten denen des Auslandes angepaßt. Die Straßenbenützungsgeld hierzulande (inklusive Maut) mußte selbst von einem heimischen Politiker kürzlich als Sozialtarif bezeichnet werden. Das bedeutet, daß von den derzeit täglich über die Brenner-Autobahn fahrenden 4000 LKWs 3320 sich auf einem Umweg befinden. Der Güterverkehr nimmt nämlich nicht den geographisch günstigsten Weg, sondern den betriebswirtschaftlich vorteilhaftesten. Und so rentiert sich eben ein Umweg um die Schweiz über Österreich bis zu einer Routenverlängerung von 175 Prozent. Das heißt, wenn der Transportweg durch die Schweiz 1000 km lang ist, ist es bis zu einer Streckenlänge von 1750 km noch immer günstiger, um die Schweiz herum über das billige und willige Österreich zu fahren. Der Umweg von Brüssel nach Turin über den Brenner (1430 km) gegenüber der Verbindung durch die Schweiz (868 km) beispielsweise beträgt gewaltige 562 km. Aufgrund der im Interesse der Schweizer und nicht der EG-Konzerne gelegenen Politik der Schweiz (Tonnenbeschränkung, Nachtfahrverbot, Schwerverkehrsgebühr,...) fahren 97 von 100 LKWs, die durch die Schweiz den kürzesten Weg hätten, um diese herum. Daher donnern über den Brenner zweiundzwanzigmal soviele Fernlaster als durch die gesamte Schweiz.

»Es ist darauf zu verweisen, daß Österreich das einzige europäische Land ist, das ein Straßennetz ausbaut, das ausschließlich nach Transitinteressen orientiert ist und die österreichischen verkehrspolitischen Forderungen inklusive des Fremdenverkehrs hintanstellt.« (Erich Schaller, Bundeswirtschaftskammer, Leiter der verkehrspolitischen Abteilung)

Warum ist es so, daß Österreich überfahren wird? Warum leistet die Politik keinen Widerstand? Warum wird nicht nur kein Widerstand geleistet, sondern Beschränkung um Beschränkung aufgehoben? Warum werden weiter Durchzugsstraßen für die ausländische

Wirtschaft gebaut? Warum ist der Gütertransitverkehr durch Österreich in den letzten 20 Jahren um das Fünfundzwanzigfache angestiegen? Warum hat sich der LKW-Verkehr über den Brenner innerhalb von 12 Jahren mehr als verfünffacht?

Was ist der Grund dafür, daß die Regierungen der EG-Konzerne so mit Österreich umspringen können? Warum bedeutet der Erlaß einer EG-Bestimmung automatisch auch ihr Inkrafttreten in unserem Land?

Die österreichischen Regierungen von Figl und Raab bis Kreisky und Vranitzky haben diesen Staat vom Ausland abhängig und erpreßbar gemacht. Das fängt an beim Druck, dem sie schon in den ersten Nachkriegsjahren entgegen allen anfänglichen Beteuerungen

nachgegeben haben. Unsere Energiequellen (Ölfelder im Osten, Wasserkraft im Westen des Bundesgebietes) wurden damals auf Geheiß der Besatzungsmächte der ausländischen Industrie überlassen. Und das geht herauf bis zur Zertrümmerung unserer Grundstoffindustrie, die den internationalen Stahlriesen immer schon ein Dorn im Auge war und nun an eben diese veräußert werden soll.

Österreich, das heißt: seine Regierung, bestimmt sich heute wie ein besetztes Land. Während der Besatzungszeit, als US-Regierung und US-Army mittels Marshall-Plan Europa nach ihrem strategischen Bedürfnis ordneten, war es Österreich untersagt, bestimmte Güter (Stahlbleche etc.) in osteuropäische Länder zu exportieren. 1984: Die US-Regierung verlangt von Österreich gesetzliche Maßnahmen gegen den Weiterverkauf amerikanischer Hochtechnologieprodukte in den Ostblock. Wochen später beschließt der österreichische Nationalrat, daß in Hinkunft österreichische Gerichte die Nichtbefolgung dieses amerikanischen Wunsches bestrafen.

Als Österreich 1946 den Erdölsektor verstaatlichte, protestierte die amerikanische Öl-Firma Socony-Vacuum Oil (die heutige Mobil Oil Corp.) wegen ihrer in Österreich schür-



Linolschnitt (Originalformat 19,5/20,5 cm) von Thomas Schumacher, Berlin-Moabit entnommen aus: »Verkehrsplanung für den Krieg?« - Eine Kurzinformation, herausgegeben vom Arbeitskreis Verkehr im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz E.V. (BRD)

fenden Rohölgewinnungs-AG »RAG« dagegen. Die Bundesregierung hob daraufhin am 7. September 1946 den Beschluß zur Durchführung der Verstaatlichung bezüglich der »RAG« auf. 1981: Die ausländischen Erdölgesellschaften verlangen die Freigabe des amtlich geregelten Benzin- und Dieselpreises. Der Handelsminister zögert. Mitten in der Reisezeit, zur Zeit einer internationalen Ölschwemme, inszenieren die Konzerne eine Benzinknappheit. Die Regierung gibt nach. Seit September 1981 haben wir die von den Multis gewünschten Höchstpreise.

Im April 1947 drohte die britische Besatzungsmacht damit, die Kohlenlieferungen an Österreich aus dem Ruhrgebiet einzustellen, falls der Stromexport Tirols und Vorarlbergs — wie beabsichtigt — in die Schweiz und nach Frankreich gehen sollte. Österreich kapitulierte und beliefert seitdem die Schwer- und Rüstungsindustrie im Ruhrgebiet mit Spitzenstrom.

1986: »Spätestens in einem Jahr, wenn die Tiroler Zemm-Zillergruppe ihren Vollbetrieb aufnimmt, ist mindestens ein Viertel der österreichischen Wasserkraftwerkskapazität fest in deutscher Hand.« (Süddeutsche Zeitung, 31. Juli 1986).

WOHIN FÜHRT DIESE POLITIK?

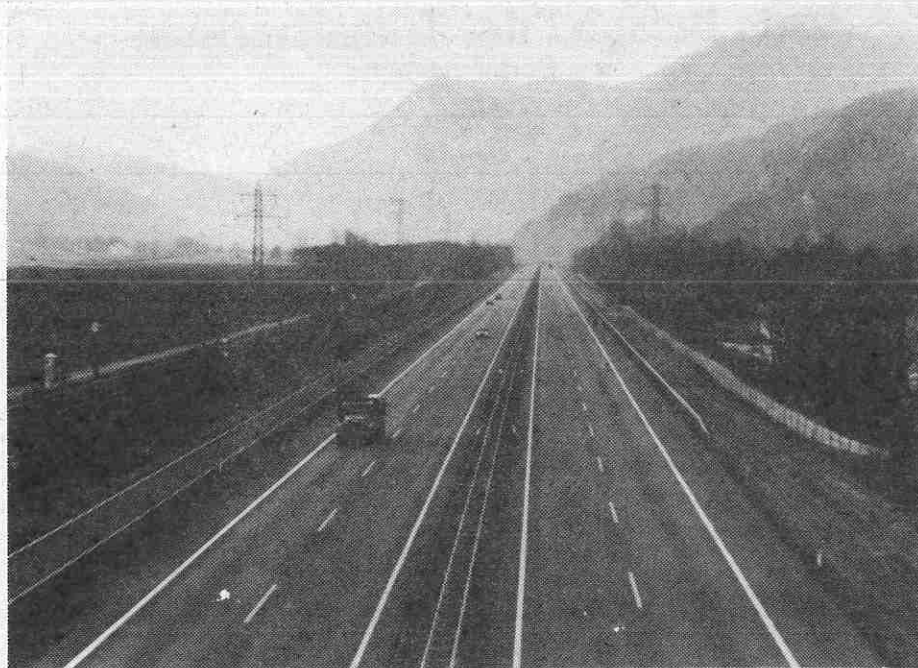
Darüber, wohin diese Politik der Unterwerfung unter ausländischen Interessen führt, darüber gibt die österreichische Geschichte hinreichend Auskunft. Die Erste Republik (1918—1938) wurde aufgrund genau dieser Politik eine Beute Hitlers. »Die Kuh springt über den Zaun, wo er am niedrigsten ist«, sagt ein heimisches Sprichwort. Die Töne, die heute aus der Bundesrepublik Deutschland zu hören waren —

»Österreich hängt ganz eng am deutschen Währungssystem, die BRD ist der weitaus größte Handelspartner, der weitaus größte Tourismusbringer, es wäre für Österreich ein großer Schaden, wenn diese Beziehungen sich verschlechtern sollten.« (Friedrich Zimmermann, BRD-Innenminister, in einem Fernsehinterview, zitiert nach »Kurier«, 31. Mai 1986).

— gemahnen schon allzu deutlich an die Knebelung Österreichs durch das Dritte Reich. Viele Österreicher fühlen sich an die seinerzeitige 1000-Mark-Sperre erinnert, mit der das Nazi-Regime zwischen 1933 und 1936 Österreich in die Knie zu zwingen gehofft hatte. Sogar den Kärntner Landeshauptmann schreckten die unverhohlenen Drohungen Zimmermanns auf:

»Seit der Nazi-Zeit hat niemand mehr den Mut gehabt, so mit Österreich zu reden.« Er bezeichnete es als »Kolonialstil«, wenn man glaube, daß der wirtschaftlich Starke den Schwachen jederzeit zum Schweigen bringen könne.

Die jüngere Geschichte hat noch ein anderes Beispiel für den Umgang einer starken, ag-



Autobahn bei Rietz, die dort auf 2 km Länge als Rollbahn für Militärmaschinen ausgelegt ist (abnehmbare Mittelschienen, keine Leitschienen, zurückgedrängter Strauchwuchs, Grünstreifen zwischen den Fahrbahnen auf gleichem Niveau wie Belag)

gressiven Macht mit einem kleinen, armen, ihr vorgelagerten Land parat. »Die faschistische deutsche Regierung nötigte der Tschechoslowakei am 19. November 1938 (nach der erzwungenen Abtretung des Sudetenlandes) einen Staatsvertrag ab, der dem Deutschen Reich das »Recht« gab, mitten durch die Tschechoslowakei eine Autobahn von Wien über Brno nach Breslau zu bauen und zu betreiben. Für diese Linie hatte die Tschechoslowakei den Boden kostenlos zur Verfügung zu stellen, die Autobahn sollte als exterritorial (der Landeshoheit nicht unterworfen) gelten und deutsches Zoll-, Gerichts- und Paßgebiet sein. Das Deutsche Reich beanspruchte die Überwachung, den Schutz und die Sicherung des Verkehrs. Jede Einflußnahme auf die Linienführung dieser Autobahn war der Regierung der Tschechoslowakei verwehrt. Die für dieses Vorhaben gebildete deutsche Planungsgruppe reiste am 1. Dezember 1938 in die Tschechoslowakei ein.« (Karl Lärmer, Autobahnbau in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin 1975).

Dazu gibt es zwei Entsprechungen aus den letzten Jahren, wo mit vielleicht etwas feineren Methoden derselbe Zweck verfolgt wird. Am 22. Jänner 1972 schreibt die »Tiroler Tageszeitung« von »verlockendsten Angeboten Italiens und Bayerns« an Österreich und das Land Tirol bezüglich des Baues der »Alemagna-Autobahn«: »Österreich wird finanziell nicht nur nicht belastet, sondern man wäre sogar bereit, sämtliche Grundablösen der Autobahn selber zu bezahlen. Das Interesse der Verwirklichung der Alemagna-Autobahn liegt bekanntlich bei Italien und Bayern, die allerdings Österreich für die Durchfahrgenehmigung benötigen. Das heißt mit anderen Worten, Österreich müßte nur den »Weg« geben, alles andere würde die

Autobahngesellschaft »besorgen«.

1979 heißt es in einer Wahlbroschüre der SPÖ-Tirol: »1972 sprachen sich die Landtage von Südtirol und Tirol für den Bau einer Schnellstraße zwischen Ulm und Mailand aus. 1975 jedoch beschloß die ARGE Alp, auf der Strecke Ulm-Mailand eine Autobahn zu errichten. (...) Der mächtigste Gegner der Tiroler Umweltschützer sitzt in München - Franz Josef Strauß. Er hat sich nämlich bereit erklärt, in den nächsten fünf Jahren Milliarden D-Mark an Ablösesummen auf die Tische der Tiroler Bauern zu blättern, um so aus der zweispurigen Schnellstraße eine vierspurige Autobahn werden zu lassen.«

Österreich blutet aus. Schritt für Schritt weichen die als unsere Vertreter eingesetzten Regierungen in Wien und Innsbruck der Gewalt aus München, Bonn, Brüssel. Die österreichische Verkehrspolitik ist ein eindringliches Beispiel. Sie wird schon seit langer Zeit in der Bundesrepublik Deutschland gemacht. Der österreichische Verkehrsminister in Wien ist heute so etwas wie ein Staatssekretär im Verkehrsministerium in Bonn, der die dort getroffenen Entscheidungen in der österreichischen Provinz zu vertreten hat. Und der Landeshauptmann von Tirol ist bestenfalls Sprecher der bayrischen Staatskanzlei. Als vor wenigen Wochen beschlossen wurde, den Preis für die Brenner-Jahresmautkarten für Ausländer etwas anzuheben, sagte Wallnöfer laut Tiroler Tageszeitung, »daß sich Tirol einen Streit mit Bayern nicht leisten kann«. Zu den im Falle der Nichterhöhung der Mautgebühren dann aber zu erwartenden Protesten der leidtragenden Tiroler Bevölkerung sagte Franz Josef Strauß' Mann in Innsbruck keck: »Das werden wir auch durchstehen müssen.« (Tiroler Tageszeitung, 2.10.1986)

GEHÖREN WIR DER EG?

Die EG integriert sich Österreich schon und die österreichischen Politiker betteln noch um Integration in die EG. Die Regierungen seit 1945 haben die wirtschaftliche Selbständigkeit (Autarkie) unseres Landes erneut verspielt, indem sie die lebenswichtigen Rohstoffquellen und Industrien den Österreichern genommen und an Kapitalgruppen im Ausland verschleppert haben. Hunderttausende Österreicher erarbeiten heute Dividenden für Aktiengesellschaften mit Sitz in Frankfurt, Basel und anderswo. 57,6 Prozent des Handels in Österreich sind in ausländischem Besitz und 73 Prozent der hier tätigen Versicherungen haben die Kassa außerhalb unserer Staatsgrenzen. Die fortschreitende, von den Parteien gebilligte, ja, der Machterhaltung willen sogar geförderte Kolonialisierung Österreichs ermöglicht auch noch den politischen Zugriff auf unser Land.

Der bayrische Wirtschafts- und Verkehrsminister Anton Jaumann hat vor ein paar Jahren unmißverständlich kundgetan, was ihm die Souveränität Österreichs und seiner Bürger gilt. Zur Erhaltung und Hebung des Wohlstandes in den Ballungsgebieten nördlich und südlich der Alpen seien dem Bergland und seinen Bewohnern weitere Belastungen durch transnationale Autobahnen zumutbar, sagte er wörtlich. Und zwei hohe Herren von der EG in Brüssel äußerten sich 1985 beim Mayrhofer Verkehrssymposium laut der Zeitschrift »Verkehr: 25/1985 so: »Es bestehe kein Zweifel, daß der Transit durch Österreich für die EG lebenswichtig ist, erklärte Dr. Eberhard Brandt stellvertretend für die EG, aber daß Österreich topographisch so »ungünstig« in den EG-Raum hineinragt, sei sein eigenes Problem, gab der ECEMT-Generalsekretär Dr. J.C. Terlouw zu bedenken.«

Immer dann, wenn Österreich für die unterwürfigst dem überquerenden Verkehr bereitgestellten Autobahnen die EG um einen Kostenbeitrag ersuchte, war aus der europäischen Machtzentrale nur Hohn und Spott zu vernehmen. Anstelle einer Zusage oder auch nur einer Antwort kam aus Brüssel stets ein Forderungspaket nach Wien.

»Nach fast fünf Jahren informeller Gespräche faßte der EG-Verkehrsministerrat am 15. Dezember 1981 den Beschluß, Österreich die Aufnahme von Verhandlungen über Verkehrsfragen betreffend Verkehrsinfrastrukturen, Abgaben auf Straßenfahrzeuge, mengenmäßige Beschränkungen für den Güterverkehr, die Zusammenarbeit im Bereich des Eisenbahnverkehrs sowie im kombinierten Verkehr Schiene / Straße vorzuschlagen.

Österreich gab seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, daß dieses Mandat nicht die Frage des von Österreich beantragten EG-Finanzierungsbeitrages einschloß, sondern Österreich vielmehr noch zusätzliche Lasten im Straßentransit zumutete.« So zu lesen im »Au-

ßenpolitischen Bericht der österreichischen Bundesregierung für das Jahr 1984.« Staatsregierung ins Leben gerufen wurde und von dieser beherrscht wird. Daß Eduard Wallnöfer zu ihrem Begründer stilisiert wird, ist Teil der Maskierung, die dieses Unternehmen braucht. Hinter dem Titel Arbeitsgemeinschaft Alpenländer verbirgt sich die Unterwerfung der bayrischen Nachbarländer durch die Macht- und Wirtschaftszentrale München. Zur Wahrung des schönen Scheins ist auch der schweizerische Kanton Graubünden Mitglied der ARGE Alp, ihn betrifft jedoch die bayrische Expansionspolitik — schon geographisch — vorerst überhaupt nicht. Wichtig sind für die süddeutsche Industrie die bayrischen Vorlande Salzburg, Tirol, Vorarlberg. Es sagte der bayrische Ministerpräsident Franz Josef Strauß »Wenn es die ARGE Alp noch nicht gäbe, müßte man sie erfinden.« Und einer der drei westösterreichischen Landeshauptmänner wird 1978 anlässlich der Amtsübernahme von Strauß in München und damit in der ARGE Alp von der »Süddeutschen Zeitung« wie folgt zitiert: »Entweder wird er uns als Vehikel für die Außenpolitik

RESTAURIERUNG

In Kaltenbrunn wird Wandschrift freigelegt

Der verdienstvolle Organisator der Erneuerung der Wallfahrtskirche Kaltenbrunn, Josef Heiß, legt derzeit eine »Wandzeitung« frei.

In der spätwinterkalten Wallfahrtskirche von Kaltenbrunn arbeitet derzeit Josef Heiß aus Prutz an der Freilegung einer Wandbeschriftung an der linken Seite der Apsis. Die Schrift stammt aus dem 14. Jahrhundert und kündigt von der Entstehung der Wallfahrt Kaltenbrunn. Es wird erzählt, wie »ein Edelmann mit 4 Pferden gen Prutz kommen«. Dieser Schenkenberger hatte »einen anderen Edelmann« (dies scheint die Hauptbeschäftigung der Edelmannen gewesen zu sein) »zu Mayland umgebracht und sonst viel große Sünden mehr verbracht, und die heilige Jungfrau Maria mit Andacht verehrt, und anrufte, daß sie ihm ein Statt oder Ort weisete, daselbst er sein Leben lang seyn und seine Sünden büßen möchte.«

In der Handschrift von Kurat Pirchner Thomas Paul (1764 bis 1783) in Kaltenbrunn) mit dem Titel »Maria ain unerschöpflich Gnadensbrunnen entsprungen zu Kaltenbrunn« aus dem Jahre 1779 ist eine Abschrift dieser Mauerinschrift.

Josef Heiß kann diese Schrift des Kaltenbrunner Pfarrarchivs derzeit nicht zu Hilfe nehmen (es würde ihm die Entschlüsselung schwer lesbarer Passagen an der Mauer sehr erleich-

tern), weil der Schlüssel zum hundertjährigen Panzerschrank derzeit nicht auffindbar ist.

Bayerns gebrauchen, oder er schuriegelt uns wie Landräte.« Geschuriegelt von Strauß sind zwei Landeshauptleute erst jüngst wieder geworden, als sie in München den Protest der Bevölkerung gegen die Errichtung einer Atomfabrik im grenznahen Wackersdorf zum Ausdruck bringen sollten. Die Wirtschaftsmacht Bayern läßt sich von den bereits kolonialiserten Vorlanden doch nicht ins Geschäft pfuschen.

Umgekehrt aber funktioniert die Einflußnahme seit vielen Jahren problemlos. Anton Jaumann, der bayrische Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, konnte in einer Rede vor der Salzburger Industriellenvereinigung feststellen: »Wir müssen gemeinsam überlegen, was, wo und in welcher Reihenfolge gebaut werden muß. Das ist nicht an allen europäischen Grenzen so problemlos wie an der österreichisch-deutschen, wo seit jeher in enger Zusammenarbeit geplant und gebaut wird. Eine besondere Rolle kommt in der Verkehrsplanung der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer zu.«

Fortsetzung, 3. Folge und Schluß

tern), weil der Schlüssel zum hundertjährigen Panzerschrank derzeit nicht auffindbar ist.

Köstlich liest sich eine Aussendung des Landesguberniums aus dem Jahre 1804 (ein Jahr, bevor Tirol an Bayern fiel). »Zur Aufrechthaltung der Sittlichkeit und Vermeidung sündhafter Anlässe hierzu« wird an den »fürnehmen Johann Lentsch, Alpverpflichteter im Kaunser Tal« die Mitteilung gemacht,



»daß alle Anstellung von Weibern als Senndinnen auf den Almen umso nachdrücklicher neierlich eingebotten wird, wie sie 1771 bereits geschehen ist, als in jedem Übertretungsfalle die Eigentümer der Almen mit einer Strafe von 100 Talern belegt und unnachsichtlich jede ledige Weibsperson aber in das Zuchthaus werde abgegeben werden.« Weil sich die Bauern dagegen wehrten, wurde dieser Erlaß 1808 wieder aufgehoben.

O.P.

Die Bergbauern

2. Teil

Förderung der Bergbauernbetriebe durch Bund und Länder

Seit 1972 gibt es zur Förderung der Bergbauern das sogenannte Bergbauernsonderprogramm. Von 1984 bis 1988 hat das Dritte Bergbauernsonderprogramm Gültigkeit. Es umfaßt die wichtigsten Förderungsmaßnahmen des Bundes an die Bergbauern: Direkter Einkommenszuschuß, Verkehrserschließung, Telefonanschlüsse und Elektrifizierung, Landwirtschaftliche Regionalförderung, Forstliche Maßnahmen, Hochlagenaufzucht und Schutzwaldsanierung, Forstliche Bringungsanlagen und Landwirtschaftliche Geländeinkorrekturen.

Zum direkten Einkommenszuschuß gehören: Bergbauernzuschuß, Bergbauernzuschuß für Zuchtrinderabsatz, Mutterkuhhaltungsförderung, Rinderhaltungsprämien, Prämie für die Änderung der Flächennutzung, Rückvergütung des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages bei Milch an Betriebe der Zonen 3 und 4 etc.

Die bedeutendste Förderungsmaßnahme des Bergbauernsonderprogrammes ist zur Zeit der Bergbauernzuschuß. Er stellt eine produktionsunabhängige Direktzahlung an einen Teil der Bergbauernbetriebe dar. Ein Bergbauer hat Anspruch darauf, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- Der Betrieb muß in der Erschwerniszone 2, 3 oder 4 liegen.
- Der fiktive Einheitswert des Betriebes darf nicht über ös 300.000.— liegen, der forstwirtschaftliche Einheitswert muß kleiner als ös 200.000.— sein.
- Die selbstbewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzfläche muß ein Ausmaß von mindestens 2 ha erreichen. Falls mindestens 3 rauhfuttermittelverzehrende Großvieheinheiten vorhanden sind, genügt eine selbstbewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzfläche von 0,5 ha.
- Der Betrieb muß ganzjährig bewohnt und bewirtschaftet werden.

Die Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche, die Anzahl der Großvieheinheiten und die Erwerbsart (Vollerwerb, Zuerwerb, Nebenerwerb) haben keinen direkten Einfluß auf die Höhe des Bergbauernzuschusses.

Im Gegensatz zum Bergbauernzuschuß des Bundes handelt es sich bei den Direktzahlungen der Länder, mit Ausnahme von Tirol, um eine flächenabhängige Förderung. In Tirol ist die Höhe dieser Zahlungen von der Anzahl der rauhfuttermittelverzehrenden Großvieheinheiten abhängig. Diese Zahlungen auf Landesebene werden Bewirtschaftungsprämien genannt. Sie werden in allen Bundesländern mit Ausnahme von Wien und Burgenland ausbezahlt. Sowohl die Voraussetzungen für den Anspruch auf diese Prämie als auch deren Höhe

ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich. Im wesentlichen werden Bezugsgrößen, wie eine Mindestgröße der landwirtschaftlichen Nutzfläche, eine Mindestanzahl an rauhfuttermittelverzehrenden Großvieheinheiten, eine Höchstgrenze des fiktiven Einheitswertes zur Beurteilung, ob ein Betrieb Anspruch auf diese Prämie hat, herangezogen. Im Durchschnitt ist bei einem Betrieb, der sowohl auf den Bergbauernzuschuß als auch auf eine Bewirtschaftungsprämie Anspruch hat, der Bergbauernzuschuß höher.

Die regionale und einzelbetriebliche Konzentrationsentwicklung der landwirtschaftlichen Produktion sowie das laufende Zurückdrängen der landwirtschaftlichen Produktion auf die reine Urproduktion gehören zu den zentralen und existenzbedrohenden Problemen für Bauern mit ungünstigen Produktionsbedingungen (z.B. Berg- und Kleinbauern). Handarbeit ist teuer, doch ist der Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten am Hang nur stark begrenzt möglich, außerdem sind die Anschaffungskosten für hangtaugliche Maschinen hoch.

Kuhhaltung und Milchproduktion

Die Kuhhalter haben von 1983 bis 1985 um 5% abgenommen, während die Kuhzahl annähernd gleichgeblieben ist. 53% der Halter besitzen Bestände bis zu 5 Kühen, 81% der Halter besitzen Bestände bis zu 10 Kühen und halten 57% des Gesamtkuhbestandes. 1979 gab es 350 Betriebe mit mehr als 30 Kühen, 1985 sind es 503 Betriebe. Diese Betriebe mit größeren Kuhbeständen sind im Tiroler Inntal und im Salzburger Flachgau verstärkt anzutreffen. Es gibt in Österreich auch einige Betriebe mit knapp über 100 Kühen. In der Erschwerniszone 4 gibt es keinen einzigen Betrieb mit mehr als 30 Kühen.

Bei den Milchlieferanten haben die Kleinstlieferanten stark abgenommen, die größeren Lieferanten stark zugenommen. So waren noch im Jahre 1960 57% aller Milchlieferanten Kleinstlieferanten (Liefermenge bis 5.000 kg Milch pro Jahr), 1980 waren es 23%, 1985 sind es nur mehr 15% der Lieferanten. Der Anteil der Milchlieferung der Kleinstlieferanten an der gesamten österreichischen Anlieferung lag 1960 bei 23%, 1980 bei 4%, 1985 beträgt er 2 Prozent.

Zurückdrängung der landwirtschaftlichen Produktion auf die reine Urproduktion

Nach und nach wurde dem Bauern die Weiterverarbeitung seiner Produkte und die Herstellung der Produktionsmittel wie Futtermittel, Saatgut, Dünger etc. von der Industrie abgenommen. Der Bauer wurde zum reinen Rohstoffproduzenten für die rasch wachsenden nachgelagerten Industrien und Vermarktungsketten. Damit sind für die bäuerliche Bevölkerung Arbeits- und Einkommenschancen verloren gegangen. Die Beziehung zwischen bäuerlichem Bereich und vor- und

nachgelagerter Industrie ist sehr ungleich: Als profitabel hat sich die Herstellung von Betriebsmitteln für die Landwirtschaft wie Maschinen, Düngemittel, Saatgut, Pflanzenschutzmittel etc erwiesen. Wenig profitabel, dafür um so risikoreicher ist für die Mehrheit der Bauern die landwirtschaftliche Produktion geworden. Nur wenige landwirtschaftliche Intensivbetriebe, welche in der Lage sind, ähnlich wie in der Industrieproduktion, große Mengen mit hohem Kapitalaufwand und niedrigen Stückkosten zu erzeugen, waren wie der vor- und nachgelagerte Sektor Nutznießer dieser Entwicklung.

Als äußerst gewinnträchtig hat sich die Weiterverarbeitung und Vermarktung der meisten Produkte des Bauern erwiesen. Das ständige Wachstum des vor- und nachgelagerten Sektors auf Kosten der Bauern kommt darin zum Ausdruck, daß von 100 Schilling, welche der Konsument für österreichische Nahrungsmittel ausgab, 1950 nur 56,5 Schilling in den vor- und nachgelagerten Sektor gingen, 1981 gingen bereits 84 Schilling in den vor- und nachgelagerten Sektor.

Somit erhielt der Bauer im Jahre 1950 für 100 Schilling Konsumentenausgaben für österreichische Nahrungsmittel noch 43,5 Schilling für seine Einkommensbildung, im Jahre 1981 verblieben dem Bauer nur mehr 16 Schilling.

Beiträge zur Bewältigung des Bergbauernproblems

Die Entwicklung zur regionalen und einzelbetrieblichen Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion sowie das laufende Zurückdrängen der Landwirtschaft auf die reine Urproduktion ist nicht abgeschlossen und wird, sofern nicht agrar- und regionalpolitisch gegengesteuert wird, weitergehen. Die traditionelle Agrar- und Regionalpolitik hat der Entwicklung zur regionalen und einzelbetrieblichen Konzentration nicht entsprechend gegengesteuert.

Eine Agrarpolitik, welche

- den Markt nur global steuert
 - die Einkommen der Bauern über einheitliche Erzeugerpreise sichern will
 - die Betriebsentwicklung über Investitionsbeihilfen und Zinsstützungen steuert
- funktioniert unter drei Bedingungen, nämlich:
- daß die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen größer oder gleich dem Angebot ist
 - daß die Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft gleichartig sind
 - daß der außerlandwirtschaftliche Arbeitsmarkt aufnahmefähig ist.
- Alle drei Bedingungen sind in Österreich derzeit nicht gegeben, daher wird man auf diese Weise die Probleme der Bauern — insbesondere der Klein- und Bergbauern — nicht lösen können.

Von Systemänderungen, welche unter dem Zwang der Fiskalkrise des Staates erfolgen,

darf nicht erwartet werden, daß die Interessen der wirtschaftlich Schwächeren bzw. der Randregionen berücksichtigt werden, weil sich die einflußreichen Interessensgruppen gegenüber den schlecht organisierten Randregionen (z.B. Bergbauerngebiete) durchsetzen.

Zur Bewältigung der Probleme der Bergbauern und Bergbauernbetriebe ist notwendig:

- Verminderung des Intensivierungs- und Investitionszwanges in der Landwirtschaft
- Verminderung der regionalen Disparität und Verlangsamung des Strukturwandels
- Verbreiterung der Wertschöpfungsbasis der Landwirtschaft
- Kostenbelastung von rohstoff- und energieintensiven Vorleistungen

Eine Verminderung des Intensivierungs- und Investitionszwanges in der Landwirtschaft kann unter anderem erreicht werden durch:

- Trennung der Marktsteuerung von der Einkommenspolitik durch echte Mengensteuerung

Progressive Beteiligung der Überschußerzeuger an den Kosten der Überschußverwertung

- Weiterer Ausbau der direkten Einkommenshilfen (wobei die Existenzsicherung der Betriebe durch Einkommenszuschüsse als effizienterer Weg zum Abbau des Intensivierungszwanges und der inneragrarisches Disparität erscheint als die »Leistungsabgeltung« durch Flächenbewirtschaftungsprämien)

Eine Verminderung der regionalen Disparität kann unter anderem erreicht werden durch:

- Differenzierung der Preise nach Produktionserschwernis bzw. Produktionskosten
- Regionalisierung der Mengensteuerung (z.B. bei der Milch: Zuteilung der freiwerdenden Richtmengen nach regionalen Gesichtspunkten)

Degressives einzelbetriebliches Wachstum von Produktions- und Preiskontingenten

- Einführung bzw. Senkung von Bestands- und Kontingentobergrenzen
- Direkte Einkommensbeihilfen
- Verstärkte Kontrolle und Beschränkung umweltschädigender Technologien und Produktionsweisen

Eine Verbreiterung der Wertschöpfungsbasis der Landwirtschaft kann insbesondere durch neue kooperative Formen der Produktion, Weiterverarbeitung und Vermarktung erreicht werden, indem der Investitionsaufwand gesenkt und das Arbeitseinkommen erhöht wird.

- Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften
- Erzeugergemeinschaften
- Betriebsleiter-, Maschinen- und Vermarktungsringe

Die Kostenentlastung der Arbeit und die gleichzeitige Belastung rohstoff- und energieintensiver Vorleistungen stellt eine wirksame Maßnahme im Zusammenhang mit der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit einer

auf langfristiges Funktionieren ausgerichteten und ökologisch orientierten Landwirtschaft dar. Folgendes Zitat von Aubauer und Bruckmann 1985 veranschaulicht diese Zusammenhänge: »Es ist ja geradezu paradox, daß in Industrieländern derzeit der einzige nicht umweltbelastende Teil des Produktionswertes, nämlich der durch menschliche Arbeit den Vormaterialien hinzugefügte Mehrwert, mit Steuern und Abgaben doppelt belastet wird, nicht jedoch Rohmaterial- und Energieeinsatz. Dieses System zwingt den

Unternehmer vor allem am Arbeitseinsatz Einsparungen vorzunehmen und in eine umweltbelastende und schwer abzusetzende Massenproduktion von Gütern geringerer »Wegwerfqualität« auszuweichen.«

Die Existenz und Zukunft der Bergbauern hängt neben einer entsprechenden Bergbauern-, Agrar-, Wirtschafts- und Regionalpolitik auch davon ab, ob die Betroffenen selbst einen entsprechenden Beitrag zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation leisten.

KIRCHENMUSIK

In der Meßfeier durch den Rundfunk verbunden

Jeden Sonntag hat der gläubige Mensch in Österreich die Möglichkeit, auch im Rundfunk die Eucharistiefeier mitzerleben. Die versammelte Gemeinde feiert mit dem Priester und möchte bei einer Übertragung auch jene teilhaben lassen, die aus verschiedenen Gründen nicht direkt mitfeiern können oder mitfeiern wollen. Die Meßfeier wird vom Priester und vom Volk getragen. Chorsänger, Organist und andere Instrumentalisten unterstützen die Feier und versuchen durch ihren Gesang und ihr Spiel die Mitfeiernden zu verinnerlichen, zu berühren, zu erheben.

Am 8. Februar 1987 war diese ehrende Aufgabe der Pfarrgemeinde der Stadtpfarrkirche Landeck übertragen. Es war ein eifriges Bemühen und eine würdige Stunde für die anwesenden Gläubigen, für die Hörer in ganz Österreich und weit über die Grenzen Österreichs hinaus. Für die Christen in den Ländern hinter dem eisernen Vorhang sind diese Meßübertra-

gungen immer von besonderer Bedeutung. Der Stadtpfarrkirchenchor, der Organist und das Streichquartett aus Innsbruck, geleitet von Bruno Öttl, leisteten zur Erhebung und zur Freude der Mitfeiernden und der Hörer einen ausgezeichneten Beitrag. Chor, Orgel und Streicher musizierten in ausgewogener, freudiger Harmonie. Man kann die Pfarrgemeinde beglückwünschen und sich bedanken.

Es sei noch vermerkt:

Der Stadtpfarrkirchenchor ist im Ablauf des Kirchenjahres bei über 40 Gottesdiensten Mitgestalter. Ungefähr gleich viele Proben und gleich viele Vorproben! Für eine Gemeinschaft, die fast ohne jede Unterstützung durch die öffentliche Hand solches tut und sich um das Gemeinsame in der Gottesdienstgestaltung immer wieder bemüht, sei ein - in diesem Fall passendes - »Vergelt's Gott« gesagt.

H.C.



Der Chor der Stadtpfarrkirche Landeck

An der Zukunft vorbei — Kraftwerk »Oberer Inn«

von Fritz Falch

Wir schreiben das Jahr 2009. Genau 30 Jahre sind vergangen, seit jener Entscheidung der zuständigen Tiroler bzw. Wiener Behörden, mit welcher die wasserwirtschaftliche Rahmenverfügung für das Kraftwerk »OBERER INN« erlassen wurde. Dies war die eigentliche Geburtsstunde des inzwischen allgemein bekannten Kraftwerkes. Aus dem zeitlichen Abstand einer Generation ist es durchaus zulässig, aber auch interessant zu beurteilen, was die damaligen Experten, Ingenieure, Gutachter, aber auch Politiker geplant, beurteilt und politisch vertreten haben. Damals in den 70er Jahren des erst abgelaufenen Jahrhunderts wurde sich die technisierte Welt plötzlich der globalen Knappheit der Energiequellen im allgemeinen und der fossilen Brennstoffe im besonderen bewußt. Angesichts des unvermeidlichen Rückganges der konventionellen Energiequellen und der Abhängigkeit von Rohenergielieferanten leiteten die Industriestaaten zunächst eine machtvolle Kampagne zugunsten der Kernenergie als alternative Energiequelle ein. Die damalige Debatte darüber, wie man die Energiekrise meistern könnte, konzentrierte sich nur auf Kosten und Risiken der Kernenergie im Vergleich zur Energieerzeugung aus Erdöl, Kohle und Wasserkraft. Die dabei von Volkswirten, Vertretern der Energiewirtschaft und besonders den Politikern vorgetragenen Argumente waren — wie sich heute zeigt — in mehrfacher Hinsicht falsch.

Man setzte ohne Bedenken voraus, daß der Energiebedarf weiter steigen wird; man unterschätzte bei weitem die Möglichkeiten und Zwänge zum Energiesparen; die Politiker waren besessen vom Aufrechterhalten des damaligen Wirtschaftswachstums und dem ihm zugrundeliegenden Wertesystem; Alternativenergiesysteme wurden besonders von der Energielobby als »noch nicht machbar« und »unwirtschaftlich« abgetan, obwohl vielfach der Beweis des Gegenteils erbracht wurde. Erst als die Kernenergie auf die längst bekannten Schwierigkeiten stieß: technische Mängel, Sicherheitsrisiken, politische Unruhen, Umweltkatastrophen — begannen Politiker, Gewerkschaften, Großindustrie und Massenmedien die Kritiker und deren Argumente ernstzunehmen. Die heutigen Grünregierungen kämpften sich damals — wie seinerzeit die Sozialdemokraten gegen den Widerstand der Machthaber, Behörden und Polizei — in die Parlamente.

Der Ausbau der »umweltfreundlichen« Wasserkraft und der ungehinderte Zugriff auf diese war nach Zwentendorf, Tschernobyl, Kaiseraugst und Wackersdorf der letzte Ausweg für die Systemerhaltung der 80er Jahre. Besonders die damalige Parteiendemokratie war nicht in der Lage, eine »realistische« auf breitere und weitere Perspektiven ausgelegte Diskussion der Energiekrise zu führen. Die politische, personelle und wirtschaftliche Verflechtung der Parteien, besonders mit der Energiewirtschaft und der Großindustrie, verhinderte bis in die 90er Jahre hinein erfolgreich die Auseinandersetzung mit den Ursachen der damaligen Energiekrisen und mit anderen existenziellen Problemen. Eine offene Diskussion und Forschung hätte damals schon erkennen lassen, was wir zur Überwindung der Energie- und Umweltkrise gebraucht hätten: nicht mehr, sondern weniger Energie!

Besonders in den 60er und 70er Jahren ist der Energiebedarf unaufhaltsam gewachsen und spiegelte dabei deutlich die unreflektierte Ausweitung unseres wirtschaftlichen und technologischen Systems wider. Die wahre Ursache lag im undifferenzierten Wachstumsbegriff, im gesellschaftspolitischen Übergewicht der Ökonomen und Technokraten, deren Argumentation für immer mehr Energie die Probleme immer größer werden ließ. Nie aber wurde deutlicher, wie sehr Energie der Maßstab unseres gesellschaftlichen und ökologischen Gleichgewichtes ist. Der seit 1997 schwelende Rechtsstreit zwischen dem Fischereihaber Josef H. und der Österreichischen Wasserverwertungs AG als Nachfolgerin der Verbundgesellschaft konnte nach nahezu 15 Jahren noch immer nicht beigelegt werden. Die ÖWAG weist darauf hin, daß der Kläger Josef H. keine schlüssigen Beweise für ein nennenswertes Fischvorkommen im Inn vor Inbetriebnahme des Kraftwerkes vorgelegt habe. Josef H. begründet dies damit, daß die damals geforderten Beweissicherungsmaßnahmen entgegen dem Versprechen des Kraftwerksbetreibers nie durchgeführt wurden. Seine eigenen Aufzeichnungen wurden bisher vom Gericht als nicht stichhaltig abgelehnt. Die unlängst vorgelegte, bereits seit 1984 von den Gemeinden geforderte Rentabilitätsberechnung des Kraftwerkes zeigt, daß die seinerzeitigen Vermutungen, das Kraftwerk wäre mit der geringen Dotationswassermenge

(Restwassermenge) sehr rentabel, nicht zutreffen. Die Energieaufwände für den Betrieb diverser, in der Folge des Kraftwerksbaues notwendigen Anlagen (Talbergung etc.) sind so hoch, daß die Erträge aus dem Verkauf des elektrischen Stroms kaum die laufenden Betriebskosten zu decken vermögen. Dem Hinweis, daß eine größere Dotationswassermenge keine Ausgleichsmechanismen benötigt hätte und somit die Rentabilität bei geringerem Wasserentzug besser gewesen wäre, wird seitens der ÖWAG mit dem Argument begegnet, Notwendigkeit und Umfang von Ausgleichsmaßnahmen seien zum Zeitpunkt des Kraftwerksbaues nicht abzusehen gewesen.

Bei einer Besprechung von Gemeindevertretern am 24.1.2008 mit einigen Gutachtern, die seinerzeit die Auswirkungen des geplanten Kraftwerksbaues zu beurteilen hatten, wurde von den Gutachtern eingeräumt, daß die durch den Wasserentzug bedingten negativen Auswirkungen auf Landwirtschaft, Fremdenverkehr, Naturhaushalt etc. teilweise wesentlich schwerwiegender sind als erwartet. Dies sei jedoch beim damaligen Wissensstand nicht vorhersehbar gewesen. Im übrigen habe man sich bemüht, durch verschiedene Maßnahmen, wie Talbergung und künstliches Flußbett, einen zufriedenstellenden Ausgleich zu schaffen. Falls man jedoch in der Region mit diesen Maßnahmen nicht zufrieden sei, könne auch die Abtragung des Kraftwerkes in Betracht gezogen werden, da es beim bestehenden Überangebot an elektrischer Energie ohnehin nicht notwendig sei. Auf eine diesbezügliche Anfrage der Gemeindevertreter an die ÖWAG liegt noch keine Reaktion vor.

Eines hat besonders dieses Kraftwerk »Oberer Inn« bewirkt: bei der Beurteilung ähnlicher Projekte werden in Zukunft z.B. bei der Festlegung der Restwassermengen erhebliche Risikoauflagen vorgesehen, in gesamtwirtschaftliche Rentabilitätsrechnungen und langfristige Sanierungsmaßnahmen miteingerechnet, die lokalen regionalen Landespolitiker haben vor der Bevölkerung Rede und Antwort zu stehen und für zeitlich unbegrenzte Schadloshaltung zu sorgen. Einmalige Abfindungen sind nicht mehr möglich und Behörden werden voll in die Verantwortung einbezogen.

Die derzeit immer noch anhaltende Diskussion darüber, inwieweit die Entscheidung über so radikale Eingriffe in Landschaften per Verordnung von irgendwelchen Verwaltungszentren aus erfolgen, die von diesen Maßnahmen in keiner Weise betroffen sind, wird wohl noch lange kein Ende finden, zumal die regionale Eigenständigkeit zunehmend unterhöhlt wird. Allein die Zunahme der Ämterzahlen spricht dafür.

Der Ruf nach Wasserkraft wurde in den 60er Jahren auch deshalb lauter, weil Auswirkungen von derartigen Kraftwerken lange nicht so rasch sichtbar werden wie bei AKWs oder Kohlekraftwerken. Wasserkraftwerke haben im wesentlichen Langzeitschäden zur Folge, die dann auch nur — wenn überhaupt — sehr lange Zeiträume hinweg repariert werden können. Die Schweiz hatte bereits in den 70er Jahren die Wasserkraftreserven zu über 85% ausgenutzt. Seit 1995 gibt es in der Schweiz aber bereits Sanierungskonzepte für Grundwasserregulierungen in betroffenen Flußtäälern, zwei Flußkraftwerke wurden aus ökologischen und landwirtschaftlichen Gründen bereits 1993 stillgelegt — wirtschaftliche Gesamtrechnungen hatten damals gezeigt, daß der ökologische Sanierungsaufwand in keiner Relation zur Energiegewinnung stand.

Seit dem Jahre 2006 etwa halten die von der Energiewirtschaft eingereichten Projekte — besonders für Flußkraftwerke — den behördlichen Prüfungskriterien kaum mehr stand.

Man hat dazugelernt. Die Behörden des Jahres 1979 geben insofern Irrtümer zu, als damals zu wenig Langzeitbeobachtungen vorlagen und die Weisungsgebundenheit eine zu große Rolle spielte.

Die Politiker — soweit sie sich heute, längst pensioniert — noch guter Gesundheit erfreuen, verweisen auf die widersprüchlichen Gutachten, geben aber zu, die Gutachten im Zweifel nach parteipolitischen Zielen gewichtet und ausgewählt zu haben. Man wußte nicht, wie's ohne Energiezuwachs weitergehen sollte.

Wie so oft in der gesellschaftlichen Entwicklung der Vergangenheit hat es leider einer Reihe von Katastrophen und Unruhen bedurft, bevor sich etwas geändert hat. Heute, 30 Jahre nachdem man eigentlich schon alles wissen hätte können, gilt es, die Folgen der blindwütigen Wachstumseuphorie zu beheben. Ökologische Sanierungsprogramme im Oberen Inntal, besonders im Raum Pfunds / Tönsens werden uns noch etliche Jahre beschäftigen.

In der Folge ein Kurzüberblick über wesentliche Ereignisse seit der Inbetriebnahme des Kraftwerkes »Oberer Inn« im Jahre 1992:

Im Sommer 1998 wurde die regionale Beregnungsanlage für den Talboden zwischen Kajetansbrücke und Prutz ihrer Bestimmung übergeben. Entgegen ursprünglichen Erwartungen hatten die aufgrund des Wasserentzuges drastisch reduzierte Taubildung und die Absenkung des Grundwasserspiegels zu wesentlichen Ertragseinbußen in der Landwirtschaft geführt, die entsprechende Gegenmaßnahmen erforderten. Seit 1998 wird in der warmen Jahreszeit jeweils montags und donnerstags nachts von 0—5 Uhr früh beregnet.

Wenn damit auch die ärgsten Schäden in der Landwirtschaft behoben werden konnten, so wird doch immer deutlicher, daß die Talbereg-

nung nur eine Notlösung darstellen kann. Die Qualität des Grünfutters erreicht trotz verschiedener Modifikationen der Beregnungsanlage nicht das vor der Inbetriebnahme des Kraftwerkes gegebene Niveau.

Der starke Rückgang des Sommerfremdenverkehrs nach Inbetriebnahme des Kraftwerkes sowie die Geschiebeproblematik im Rest-Inn wurden durch den Bau des künstlichen Flußbettes in den Jahren 1994/1995 zu bewältigen versucht. Dieses Flußbett diene einerseits leichterem Abtransport des anfallenden Geschiebes bis zur Deponie in der ehemaligen Innschlucht zwischen dem Kraftwerk Runserau und Landeck, andererseits als Fremdenverkehrsattraktion (Bootfahren im Kanal mit künstlichen Hindernissen). Trotz erheblicher finanzieller Aufwendungen hielt sich die Belebung des Fremdenverkehrs in sehr bescheidenem Rahmen und konnte die Einbußen nicht ausgleichen. Die hohen Kosten für die Erhaltung haben bereits zu Überlegungen Anlaß gegeben, das künstliche Gerinne wieder durch ein natürliches zu ersetzen. Gegenwärtig befindet sich eine Gruppe von Vertretern aus Politik und Elektrizitäts-

wirtschaft auf einer Studienreise in Nordpakistan, um sich Eindrücke über einen natürlichen Gebirgsfluß zu beschaffen.

Heute befinden wir uns in einer Zeit, in der durch die Nutzung des Wasserstoffes, der Sonne und durch die Verbesserung der Wirkungsgrade von Maschinen und Motoren sowie des Einsatzes von elektronischen Regelungen, von neuen Speichertechniken für Energie ein Überangebot an Energie zur Verfügung steht. Intensives Forschen an Energiesparmöglichkeiten allein hat erhebliche Reserven erschlossen. Dieses Überangebot an Energie birgt neue umfassende Gefahren in sich, da alles machbar wird. Ob wir diese Phase ohne Selbstbeschränkung überleben, bleibt offen, zumal die Diskussion über unser Wertesystem noch keine Horizonte zeigt. Uralte Flußsysteme werden heute, nachdem man weiß, was sie für das menschliche Leben bedeuten, jedenfalls nicht mehr angetastet.

(Dieser Beitrag erschien in SALT zwei, das bei Prof. Gerald Nitsche, Graf, noch erhältlich ist. SALT 3 soll demnächst erscheinen).

AUSSTELLUNGEN

11er-Ausstellung: Heinrich Prokopetz

Bilder von Heinrich Prokopetz sind noch bis Ende Februar in Perfuchs, Herzog-Friedrich-Straße 11, ausgestellt. (Öffnungszeiten: Mo bis Fr 7.30 bis 17.30 Uhr, Sa von 9 bis 12 Uhr). Der aus Zams stammende Künstler tritt mit dieser Ausstellung zum ersten Mal an die breite Öffentlichkeit. Nur wenige Bekannte und ein paar Freunde wußten bisher von seinem Schaffen. Die Schau präsentiert in gewissem Sinne eine Auswahl von Prokopetz' Werken, ausgehend von seinen in den Jahren 1983/84 entstandenen Bildern, die archaisch anmutende Landschaften darstellen, über 1985 entstandene Experimente mit geometrischen Formen bis zu neuen Arbeiten, die eine scheinbare Synthese darstellen, in denen sich Gegenständliches und Abstraktes zu überraschenden Kompositionen ergänzt.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß der Künstler seinen Bildern keine bestimmte Funktion, keine sichtbare Botschaft zuschreibt. Es soll dem Betrachter überlassen

bleiben, sich einen persönlichen Weg zu einem Bild zu suchen. Er soll zum Beginn des Schaffensprozesses zurückgehen, soll die Erregung zu spüren versuchen, die den Künstler zum Malen bewegt hat; (Zitat): »Es sind eben sehr persönliche, individuelle Äußerungen, die nicht einfach bildgewordene Sprache sind, und somit, wollte man sie in umgekehrter Weise verbalisieren, in unserem Vokabular keine allgemein verständliche sprachliche Äußerung ergäbe...«

Die gedanklichen Ebenen spiegeln innere Prozesse, deren äußere Ursachen, oft zeitversetzt, sich in den Bildern manifestieren. Ändern diese ihre Bedeutung, werden sie überarbeitet, die Werke bleiben etwas Lebendiges.

Prokopetz präsentiert sehr reife, eigenständige Arbeiten, deren innere Dynamik und gleichzeitige Ausgewogenheit für die Zukunft Interessantes erwarten läßt.

Stefan Dittrich

Unfallzeuge gesucht!

Unfallort: Zams. Unfallstelle: Kreuzung Innstraße/Hauptstraße/Oberreitweg. Datum und Zeit: **Montag, 9.2.87** um ca. 18.25 Uhr. Wer hat diesen Unfall beobachtet oder kurz davor einen Kleinwagen mit Wiener Nummer gesehen, welcher von Landeck kommend in Richtung Zams mit überhöhter Geschwindigkeit und »ohne Licht« fuhr? Meldungen bitte an das Gemeindeblatt Landeck, Tel. 05442-4530.

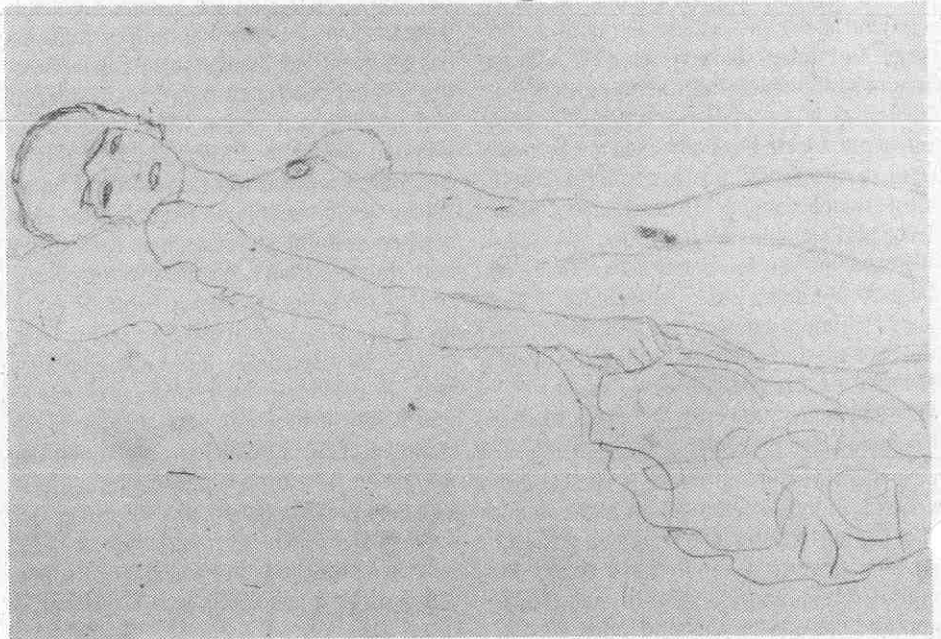
Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck, 6. Februar bis 15. März 1987, täglich von 10 bis 17 Uhr, Donnerstag Abendöffnung von 19 bis 21 Uhr, Katalog S 240.-.

Das Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum betrachtet es auch als seine Aufgabe, über die Präsentation und Dokumentation der Kunst Tirols hinausgehend, seinem Publikum gesamtösterreichisch und international bedeutende Künstler und Strömungen zu offerieren. Mit der Ausstellung »Gustav Klimt - 100 Meisterzeichnungen« wird dieser mit Schiele und Kokoschka begonnene Weg sensationell fortgesetzt.

Im Gesamtschaffen von Gustav Klimt nimmt das zeichnerische Werk eine besondere Stellung ein. Einmal geben die Zeichnungen als hervorragende Einzelwerke ein Zeugnis von seiner großen Zeichenkunst, die die Handschrift einer Persönlichkeit mit unverwechselbaren Zügen aufweist. Darüberhinaus, zu meist als Studien, Skizzen und Entwürfe angelegt, gewähren sie zum anderen auch einen Einblick in den Schaffensprozeß dieses Künstlers, der wie kein anderer die Kunst seiner Zeit geprägt hat.

Mit der Darstellung des Menschen als Einzelperscheinung, wie sie gerade in den Zeichnungen zum Ausdruck kommt, hat Klimt nicht nur die Voraussetzungen für die Entstehung einer expressionistischen Kunst in Österreich geschaffen, sondern zugleich auch jene souveräne Eigenständigkeit unterstrichen, die ihn als einen der hervorragendsten Künstler

Gustav Klimt - 100 Meisterzeichnungen



Liegender Akt, 1914/15, Bleistift, 373 x 569 mm.

unseres Jahrhunderts erscheinen lassen. Im Rahmen dieser Ausstellung wird eine Dokumentation der Austria Wochenschau über das Wien um 1900 gezeigt. Vorträge von Dr.

Günther Dankl am 26. Februar und von Frau Dr. Alice Strobl, Wien, am 11. März jeweils um 20 Uhr bilden weitere Rahmenveranstaltungen zu dieser Ausstellung.

ADAM ZÜNDELS SATIRISCHE ECKE

Anti-AIDS-Kampagne im ORF

Seit einiger Zeit läuft die Anti-AIDS-Kampagne über die Medien. Durch Aufklären und Vorbeugen soll dem HIV-Virus der Kampf angesagt werden. Da AIDS vor allem durch Sexualkontakte übertragen wird, ist das Thema für den ORF besonders delikat, dürfen doch im Fernsehprogramm täglich massenweise Menschen umgebracht werden, dürfen

Gewalt und Brutalität am laufenden Band schon im Jugendsehprogramm gezeigt werden, Hauptsache die »Moral« bleibt erhalten, die Sprache rein. Um dem ORF, der bestimmt Dinge nicht beim Namen nennen darf, aus seinem Dilemma zu helfen, schlage ich folgende, wie ich hoffe ausgewogene Informationskampagne vor:

Pflanzen Sie sich ruhig fort

Reden Sie mit Ihrem Sexualpartner, auch über AIDS

Ändern Sie, falls notwendig, Ihre Sexualpraktiken

Sex ist nicht alles

Erleben Sie die Romantik der Liebe, aber:

Vergewissern Sie sich über die Lebensart Ihres Sexualpartners

AIDS kennt keine Grenzen, weder politische noch soziale

Trennen Sie sich von unzuverlässigen Personen

Informieren Sie sich genau über AIDS und seine Symptome

Vermeiden Sie häufig wechselnde Sexualkontakte

Erleben Sie die »Neue Keuschheit« in Übereinstimmung mit der päpstlichen Geburtenkontrolle.

Wenn Sie die Zeilenanfänge von oben nach unten lesen, dann erfahren Sie eine wichtige Schutzmaßnahme gegen AIDS.

Um dieses Wort drückt sich der ORF, die moralische Anstalt der Nation, aus moralischen Gründen lächerlicherweise aber erfolgreich herum. Vielleicht ist das aber nur symbolisch gemeint, man soll sich in diesem Zusammenhang lieber ein Blatt vor den Mund statt alles in den Mund nehmen.

Kundmachung

Gemäß Paragraph 26 ff TROG wird kundgemacht, daß der Gemeinderat der Stadt Landeck am 3.2.1987 beschlossen hat, nachstehende Änderungen des Teilbauungsplanes Bruggfeld durch 4 Wochen hindurch zur allgemeinen Einsichtnahme im Rathaus, Zimmer Nr. 14, aufzulegen:

1. Festlegung der besonderen Bauweise und maximalen Geschoßanzahl von E+4+DG für die Bp. 292/1 (ehem. Internat Mariannahill).

2. Festlegung der besonderen Bauweise und maximalen Geschoßanzahl von E+4 für den Bereich der Gp. 212/1, wobei sich die Errichtung des 5. Vollgeschoßes nur auf den mittleren Teil der geplanten Wohnanlage A bezieht.

Jeder, dem die Stellung eines Gemeindebewohners zukommt, hat das Recht, innerhalb der Auflagefrist zum Entwurf Stellung zu nehmen.

Der Bürgermeister:
Anton Braun eh.

Leserbrief zum Bericht des Herrn O.P. über den Musikantenhuangart v. 31.1.87 in der Hauptschule Prutz

»Haarscharf am Musikantenstadel vorbei«: Diese Annahme möchte ich damit begründen, daß der anwesende »Hias« (Oswald Perktold) diesmal mit seinem Markenzeichen (schwarzer Schlapphut) geizte.

Der deutschen Sprache nicht so mächtig wie ein mit allen Mitteln nach Lesern haschender Zeitungsschreiber, (es mag wohl am derzeitigen Zustand des Gemeindeblattes liegen) habe ich mir die Mühe gemacht, die »Zibeben« des geistreichen Textes (Fremdwörter) im Duden nachzuschlagen.

So steht z.B. unter der Bezeichnung »imaginär« die Erklärung: »nur in der Einbildungskraft vorhanden«.

Das mag im großen und ganzen für die Auffassung des Herrn O.P. vom Musikantenhuangart am 31.1. in der Hauptschule Prutz zutreffen.

Bezüglich der erwähnten Verhaltensforschung meinerseits muß ich zugeben, daß ich beim Herrn Perktold nichts derartiges zustande brachte, da ich keinem Tier zumuten möchte, mit einigen Arten von Leuten verglichen zu werden, was sicher dazu beiträgt, die Grenzen eines wackeren Verfassers von Mundartgeplänkeln aufzuzeigen.

Es mag wohl manch anwesenden Nörgler befremdend angemutet haben, was eine Handvoll Freunde der Volksmusik zuwege gebracht hat, ohne seine Ratschläge, eine Veranstaltung in diesem Ausmaße aufzuziehen.

Die einzige verneinende Beurteilung von Besuchern des Musikantentreffens, die mir zu Ohren gekommen ist, bezog sich (ich schreibe wörtlich) auf das störende »Nichtmaulhalten« des Schreiberlings Oswald Perktold und des Bezirkschorleiters Bruno Öttl während der gesamten ORF-Aufzeichnung.

Diesem Umstand möchte ich es auch zuschreiben, daß Herr Perktold die Vorstellung nicht dahingehend erleben konnte, ein gutes Haar an ihr zu lassen.

Über die Auslegung des Herrn Perktold der Volksmusik möchte ich keine Äußerung tätigen, da ich im Gegensatz zu ihm der Meinung bin, daß sich »vom Fach mehr Verstehende« dieser Angelegenheit widmen sollten.

Mit einem Spruch von Helmut Qualtinger (ein Lichtblitz im Gemeindeblatt), entnommen aus Ihrer Ausgabe vom 6.2.87, möchte ich meinen Leserbrief beenden, da ich glaube, daß er der Schreibweise des Herrn O.P. auf den Leib gekritzelt ist:

»Es gibt kaum etwas Schöneres, als dem Schweigen eines Dummkopfes zuzuhören«

Mit hiaslerischem Gruß
Buchhammer Franz jun.
Obmann der Sängerrunde Prutz
als solcher nicht bezahlt

Wunder von Bolzena

In Ihrem Wochenblatt vom 9. ds brachten Sie einen lesenswerten Bericht über die »Herbstfahrt nach dem Süden«. U.a. wird über das »Wunder von Bolzena (1286)« berichtet. Nur leider ist die Berichterstatte in einem Irrtum erlegen: Papst Urban IV. (Papst 1251—1264) starb am 2.1.1264, erlebte also das Wunder von Bolzena nicht. Wohl führte er das Fronleichnamfest noch vor seinem Tode 1264 ein, er bat auch den Hl. Thomas von Aquin, für dieses Fest die Liturgie zu verfassen, was dieser auch in herrlicher Form durchführte.

Zurückzuführen ist das Fronleichnamfest auf die Hl. Juliane von Lüttich (1193—5.4.1258), einer Augustinernonne, die eine besondere Verehrerin des Allerheiligsten Altarsakramentes war. Sie hatte Visionen, sah einen hellstrahlenden Vollmond, in dem immer ein dunkler Fleck vorhanden war, bis ihr Christus selbst die Erklärung gab: Im hellstrahlenden Kirchenjahr fehlt ein besonderes Fest zum Dank und zur Sühne, das Fest der Einsetzung des Allerheiligsten Altarsakramentes, das am Gründonnerstag vollzogen wurde, wegen der Leiden Christi am Karfreitag jedoch nicht gefeiert werden konnte.

20 Jahre behielt die Hl. Juliane das Geheimnis für sich, und als sie es preisgab, erlitt sie jahrelange Verhöhnung und Beschimpfungen, ja, sogar Haß, der sie von Kloster zu

Kloster trieb. 1247 wurde das erste Fronleichnamfest in der Pfarre St. Martin bei Lüttich gefeiert und, wie oben erwähnt, 1264 von Papst Urban IV. für die ganze Kirche vorgeschrieben.

Um falsche Legendenbildungen zu vermeiden und der Wahrheit die Ehre zu geben, wäre eine Berichtigung erforderlich.

Mit besten Grüßen
M. Pospisil
6561 Ischgl

Israels »Absteiger«

Dem israelischen Einwanderungsministerium machen mehr und mehr die Auswanderer Sorgen — im Hebräischen »Absteiger« genannt, im Gegensatz zu den »Aufsteigern«, den Einwanderern. Jedes Jahr verlassen Tausende Israel, aus Angst vor dem nächsten Krieg oder aus wirtschaftlichen Gründen. Die meisten siedeln sich in den Vereinigten Staaten an. In letzter Zeit überstieg die Zahl der israelischen Emigranten die der Immigranten. Verteidigungsminister Jitzhak Rabin hatte die Auswanderer kürzlich als »Ratten« bezeichnet. Um das Bild aufzuhellen, gab das Jerusalemer Ministerium jetzt eine Umfrage in Auftrag. Danach behaupten neunzig Prozent der Israelis, sie würden niemals ihr Land verlassen. Ein dunkler Fleck indessen blieb: Unter den 18- bis 29jährigen denken immerhin 19 Prozent nach eigener Aussage daran, eines Tages ihr Heil woanders zu suchen.

PARALLELSCHIEBUNGEN

Hier Musik, dort Musik.

Hier Mikrophone, dort Mikrophone.

Hier ein Sprecher, dort ein Sprecher.

Hier ein heimeliger Kachelofen, dort ebenfalls.

Hier ein Herrgottswinkel, dort ein Herrgottswinkel.

Hier ein Stall-Stadel-Stübele-Bluff, dort ebenfalls.

Hier Dorfplatzatmosphäre, dort Dorfplatzatmosphäre.

Hier der ORF, dort der ORF.

Hier Stroh, Türkenkolben und Heinzen, dort ebenfalls.

Hier Verherrlichung des Alpenlandes, dort ebenfalls.

Hier Massenbesuch, dort Massenbesuch.

Hier caritativ, dort caritativ (was sehr begrüßt werden muß).

Die messerscharfe Grenze Volksmusik-volkstümliche Musik scheint gewichen, wengleich sie auch bisher unerkennbar war. Ich versuchte lange Zeit, genaue Definitionen für beide Musikarten zu finden, nun hab ich's aufgegeben. Ich nehme die Gelegenheit wahr, um den sogenannten Volksmusikexperten unseres Landes eine Frage zu stellen: Wann hat denn überhaupt dieser heimelige »Hinterdemkachelofenmusizierzeit« stattge-

funden, die heute von Euch so glorreich besungen wird?

Als Literaturbeispiel empfehle ich Franz Innerhofers »Schöne Tage«. Lang ist der Weg durch Lehren, kurz und wirksam durch Beispiele. (Seneca, 65 n. Chr.). Jedenfalls geht der Kitsch um, hier und dort.

Dietmar Wächter, Landeck/Rum

Stadtparfarre Landeck

Sonntag, 22.2.1987, 9.30 Uhr Familiengottesdienst f. Maria Maier, Verst. d. Fam. Karl Graber, 1. Jahresmesse f. Georg Walter, 19 Uhr Hl. Messe f. Karl Ginther, Verst. d. Fam. Poleßnig, Susanne Gandler, 1. Jahresmesse f. Helmut Schmid

Montag, 23.2.1987, 19.30 Uhr Rosenkranz, gestaltet von der Legio Maria

Dienstag, 24.2.1987, 19.30 Uhr Hl. Messe f. Eleonore Raggl, Ida Eberle, Hedwig Gröbner
Mittwoch, 25.2.1987, 19.30 Uhr Hl. Messe f. Ferdinand und Maria Krismer, Josef und Maria Lenz, Verst. d. Fam. Zobl

Donnerstag, 26.2.1987, 19.30 Uhr Hl. Messe f. Hermann Scheiber, Rosa Batka geb. Reichmayr, Adelheid Thurnes

Freitag, 27.2.1987, 19.30 Uhr Hl. Messe f. Otto Plattner, Elisabeth Salzburger, Josefa Rietzler, 20 Uhr Bibelkurs

Samstag, 28.2.1987, 16 Uhr Hl. Messe im Altersheim f. Adelina und Heinrich Walser, Luise Füll, Rosa Schendinger, 17 Uhr Rosenkranz, 18.30 Uhr Vorabendmesse f. Hans und Anna Höllrigl, Verst. d. Fam. Trentinaglia, Josef Köhle

Sonntag, 1.3.1987, 9.30 Uhr Familiengottesdienst f. Hermann Landerer, Altbürgermeister Hans Zangerl, Anton Soratru, 19 Uhr Hl. Messe f. Alois Pockberger, Ferdinand Renner, Berta Triendl

Pfarrkirche Bruggen

Sonntag, 22.2.1987, 9 Uhr Hl. Amt für die Pfarrgemeinde, 10.30 Uhr Kindermesse für Alois und Herta Scheiber und Alois Auer, 19.30 Uhr Hl. Messe für Heinrich Stark und Alfons und Stefanie Hotz

Montag, 23.2.1987, Hl. Polykarp, Bischof und Martyrer, 7 Uhr Hl. Messe für Leopold und Kathi Fischnar und nach besonderer Meinung
Dienstag, 24.2.1987, Hl. Apostel Matthias, 19.30 Uhr Jugendmesse für Matthias Abler und nach besonderer Meinung

Mittwoch, 25.2.1987, 8 Uhr Hl. Messe für Maria Grall und nach besonderer Meinung
Donnerstag, 26.2.1987, 16.30 Uhr Kindermesse für Josef Walch und nach besonderer Meinung

Freitag, 27.2.1987, 19.30 Uhr Frauenmesse für Friedl Gabl und Reinhilde Sieß

Samstag, 28.2.1987, 8 Uhr Hl. Messe f. Paul Köll und verstorbene Angehörige, 16.30 Uhr Kinderrosenkranz/Beichtgelegenheit, 19.30 Uhr Rosenkranz und Beichtgelegenheit
Achtung! Die Pfarrbücherei ist jeden Montag von 17 bis 18 Uhr geöffnet.

Pfarrkirche Zams

Sonntag, 22.2.1987, 8.30 Uhr Hl. Amt für die Pfarrfamilie, 10.30 Uhr Jahresmesse für To-

bias und Frieda Schuler, 19.30 Uhr Segenandacht

Montag, 23.2.1987, Hl. Polykarp, 7.15 Uhr Jahresamt für Maria Pinggera, 10 Uhr Betstunde der Frauen für die Kranken

Dienstag, 24.2.1987, Fest des Hl. Apostels Matthias, 19.30 Uhr 2. Jahresamt für Johann Trenker

Mittwoch, 25.2.1987, Hl. Walburga, 7.15 Uhr Schülermesse als Jahresamt für Judith Praxmarer

Donnerstag, 26.2.1987, 19.30 Uhr Jahresamt für Katharina Egg

Freitag, 27.2.1987, 7.15 Uhr Hl. Messe für Frau Bano

Samstag, 28.2.1987, Mariensamstag, 7.15 Uhr Hl. Messe für die Pfarrfamilie, 19.30 Uhr Jahresamt für Emma Elsensohn

Sonntag, 1.3.1987, Beginn der Gebetstage, 7 Uhr Aussetzung zur Anbetung, 8.30 Uhr Jahresamt für Franz Prünster, 10.30 Uhr Jahresamt für Frieda König, 15 Uhr Predigt und Andacht mit Segen

Pfarrkirche Perjen

Sonntag, 22.2.1987, 8.30 Uhr Hl. Messe für Josef Montibeller Jhm., 10 Uhr Hl. Messe für die Pfarrgemeinde, 19 Uhr Hl. Messe für Heinz Gloning

Montag, 23.2.1987, 7 Uhr Hl. Messe für Jana Rudig Jhm. und für Wilhelm Kölle

Dienstag, 24.2.1987, 7 Uhr Hl. Messe für Rosa Bregenzer und für Verstorbene d. Fam. Wohlfarter

Mittwoch, 25.2.1987, 7 Uhr Hl. Messe für Alexander Sprenger und für Robert Thurner, 18 Uhr Kindergebet

Donnerstag, 26.2.1987, 7 Uhr Hl. Messe für Manuela Haslwanger und für Auguste Juch

Freitag, 27.2.1987, 7 Uhr Hl. Messe für Josef Perktold und für Ernst und Maria Larcher

Samstag, 28.2.1987, 19 Uhr Hl. Messe für Roman Tilg und für Johann Hainz

Evangelische Gottesdienste

Sonntag, 22.2.1987: 9.30 Uhr Landeck
Sonntag, 1.3.1987: 9 Uhr Imst, 17 Uhr St. Anton

Christliche Gemeinde

Jeden Sonntag: Gottesdienst um 9 Uhr. Jeden Mittwoch: Bibelstudium um 19 Uhr. Spenglergasse 1, Landeck.

PFADFINDERLOTTERIE

Die Ziehungsliste der Pfadfinderlotterie hängt ab sofort in unserem Schaukasten beim Stadtkino Landeck. Wer beim Kauf der Lose

eine Ziehungsliste mitangefordert hat, erhält diese zugesandt. Wir weisen darauf hin, daß Gewinne bis zum 13. März beim Lotteriebüro geltend gemacht werden müssen. Wir wünschen Ihnen viel Glück und bedanken uns für den Kauf der Lose!

Pfadfindergruppe Landeck

Dixiefest in Landeck

Im Tourotel Wienerwald Landeck steigt am 21. Februar 1987 ein intern. Dixiefest mit »Dixie Work Shop« Ulm/BRD mit Sängerin »Jennie Döring« USA, der Tanzgruppe »Pippistrelli« Österreich und der »Dirty Note Syncopators« Landeck/Zams.

Die Gruppe »Dixie Work Shop« bringt »Dickie Bishop« (BJ) - Dickie, ein Profi, spielte mit Chris Barber, Rod Mason, Roy Pellet und war bei Monty Sunshine's »Wild - Cat - Blues« tonangebend in der Rhythmusgruppe. Ein bunter Abend mit Überraschungen!

DIE GRÜNE

ALTERNATIVE TIROL

Wirtschaftsminister Graf garantiert reibungslose Abwicklung der Giffttransporte durch Tirol.

Die Grüne Alternative Tirol fordert:

1. Durchsetzung der bestehenden Verordnungen: Tonnagebeschränkung: 38 t, Tempolimit, Kontrolle der Ausrüstung bei Giffttransporten

2. Angleichung an Schweizer Bestimmungen: Tonnagebeschränkung auf 28 t, Nachfahrverbot, Erhöhung der Mautgebühr und Transitsteuer

3. Giffttransporte: Durchschleusung durch Tirol nur im Konvoi, genaue Deklaration und Kontrolle der Inhalte, Veröffentlichung der Katastrophenpläne, Reduzierung der Giffttransporte mit dem langfristigen Ziel deren Abschaffung.

Die Grüne Alternative Tirol gibt die Eröffnung des Grünen Büros, Adamgasse 11, 6020 Innsbruck, bekannt. Das Büro ist Montag bis Freitag von 8 bis 13 Uhr und von 16 bis 19 Uhr geöffnet. Es wird als Anlauf- und Servicestelle für die Unterstützer(innen) der Grünen Alternative Tirol, Gemeinderatsgruppen, Bürgerinitiativen und alle Interessierten dienen.

Es wird nach und nach ein Archiv aufgebaut werden, in dem die wichtigsten Informationen zu grün-alternativer Gemeinde- und Landespolitik gesammelt werden und auf Anfrage zur Verfügung stehen.

Blumen für die Damen



Das fünfte Stück der Landecker Theatersaison 1986/87 war ausverkauft: »Kiss me Kate« von Cole Porter lockte die Leute hinterm Ofen hervor. Weil dazu Valentinstag war, gab es Blumen für die Damen nach Losglück. Für das Ensemble des Landestheaters Schwaben gab's viel Applaus. Auf dem Spielplan stehen noch »So eine Liebe« von Pavel Kohut, Landestheater Schwaben, 28.3.1987, und »Die Glasmagier« von Tennessee Williams, Theater 58, Tübingen, 16.5.1987.

Unserem Rudi in Asendorf zum Geburtstag alles Liebe und Gute; so auch meinem lieben Dany noch nachträglich zum Geburtstag alles Liebe.
Deine Berge-Oma und Verwandten.



**Arbeitsamt
Landeck**
Tel. (05442) 2616

Wir suchen

Verkäufer(innen), Fleischer(innen), Autolackierer(in), Fernlastfahrer(in), Möbeltischler(in), Autobuslenker(in), Schlosser(in), LKW-Mechaniker(in), Kraftfahrer(in), Vertreter(in), Kinderbetreuer(mädchen), Fahrrad- und Mopedmechaniker(in), Elektroservice-monteur(in), Lüftungsspengler(in), Auto-spengler(in), Installationstechniker(in), Kranführer(in).

Bei Stellenangeboten ohne Angabe von Löhnen erfolgt eine mindestens kollektivvertragliche Entlohnung.

Bäderbusse, Bäderbusse

Neues Programm erschienen. Preise wie im Vorjahr! 5 Zielgebiete und 50 Hotels (auch Appartements) wöchentlich zur Auswahl. Prospekt kommt gratis, wenn Sie anrufen: 05222/64565, Reisebüro Idealtours Innsbruck.

Ich kenne die Disziplin des Schweigens und könnte stundenlang darüber reden.

G.B. Shaw

Schülereinschreibung für das Schuljahr 1987/88

Die Schülereinschreibung in die erste Klasse findet an der Volksschule Zams am Mittwoch, den 25. Feber 1987 in der Zeit zwischen 15 und 17 Uhr statt.

Mitzubringen sind die Geburtsurkunde des Kindes und der Staatsbürgerschaftsnachweis der Eltern des Kindes (Vater oder Mutter). Die Kinder müssen bei der Einschreibung anwesend sein.

Wenn wir es recht überdenken, so stecken wir doch alle nackt in unseren Kleidern.

Heinrich Heine

Spezialitäten aus Österreichs Küche

und

ausgesuchte Spitzenweine

servieren wir Ihnen

von Donnerstag, 12. Februar 87

bis Samstag, 28. Februar 87

Wir freuen uns auf Ihren Besuch und bitten Sie um Ihre Tischreservierung



Hotel Schrofenstein

FAMILIE VÖLK

A-6500 LANDECK-TIROL, TEL. 05442/2395, 2396

Suche Kleinwohnung im Raum Landeck zu mieten.
Tel. 05472-6924.

Interessante Nebenbeschäftigung zu vergeben. Tel. 05273/6714.

Suche ab sofort junge Zahlkellnerin (auch tagweise möglich).
Bewerbungen erbeten an Hotel Serfauserhof, 6534 Serfaus.
Tel. 05476-6307.

Junges Mädchen oder Frau (auch Ausländerin) als Speisenträgerin
und zur Mithilfe in den Zimmern dringend ab sofort gesucht.
Gasthof Silvretta, 6555 Kappl, Tel. 05445-6257.

3-Zimmerwohnung, 78 m², in Landeck zu verkaufen. Zuschriften
unter Nr. 6.198 an Gemeindeblatt Landeck,
Postfach 27, 6500 Landeck.



Impressum: Gemeindeblatt für den Bezirk Landeck, Verleger, Herausgeber: Union zur Förderung des Vereinsgeschehens und der Information der Gemeindebürger. Redaktion und Verwaltung: 6500 Landeck, Malsersstraße 66, Tel. 05442-4530.

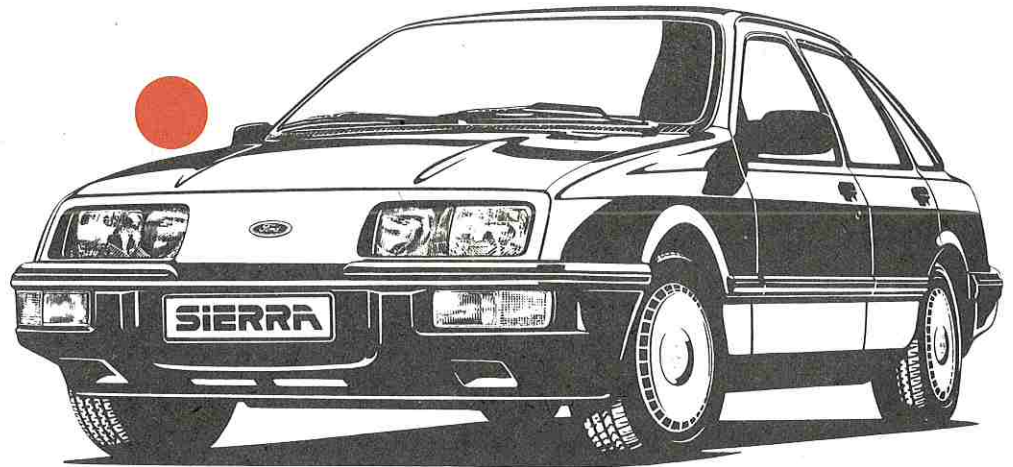
Koordination: Roland Reichmayr, Redaktion: Oswald Perktold, Hersteller: Walser KG, Landeck, alle 6500 Landeck, Malsersstraße 66, Tel. 05442-4530.

Das Gemeindeblatt für den Bezirk Landeck erscheint wöchentlich jeden Freitag. Einzelpreis

S 5.—, Jahresabonnement S 120.—. Bezahlte Texte im Redaktionsteil werden mit (Anzeige) gekennzeichnet.

FRAUENHAUS
05222
42112
für mißhandelte
Frauen und Kinder

Die Frist läuft ab.



Wenn Sie noch einen Ford Sierra ohne Katalysator kaufen wollen, dann ist es jetzt höchste Zeit. Denn die gesetzliche Übergangsfrist läuft bald ab. Jetzt haben Sie noch die Auswahl. Sie sparen bis zu **S 30.000,-**

Unser Angebot: Sierra- und Scorpio Fahrzeuge, gekennzeichnet mit dem roten Punkt.

Kommen Sie zu uns. So günstig kaufen Sie nie wieder.



Auto Plaseller

FORD-HÄNDLER f.d. Bezirk Landeck · 6511 Zams · Buntweg 8 · Tel. 05442/2304, 2603

KRAXNER

Sigi's

TEXTILFUNDGRUBE

Kirchenstr. 13
Landeck/Perjen

Gechintzte Baumwolle

uni à 60.—

bedruckt à 90.—

Satin-Druck f. Vorhang u.

Tagesdecken, 120 cm breit à 120.—

Reste zu Sonderpreisen

Satin-Blusenstoff à 120.—

Öffnungszeiten

Montag bis Samstag: 9 bis 12 Uhr und 15 bis 18 Uhr
Mittwoch und Samstag nachmittag geschlossen

Aktion

Werkzeugset - best. aus:

Lattenhammer, Schlosserhammer 150
Stemmeisen-set 5teilig, Schraubenzieher-set 5teilig
Bohrerkassette 19teilig, Baueimer
Meterstab, Bleistift, Sommerhut

Setpreis **S 390.-**

gültig vom 23.2. — 1.3.87



BAUMARKT

GOIDINGER

Zams - Tel. 05442-2554

...direkt vor der Haustür:



Paznauner

Medrigjochbahnen — See

...traumhaft ...sonnig ...familienfreundlich...

- 2 Sessellifte • 3 Schlepplifte • Bergrestaurant
- Bekannt mit den gut präparierten Pisten
- Abfahrten für Könnler und Anfänger



INFO:

Einheimische und Gäste sind generell mit unserem Angebot zufrieden.

Werden auch Sie ein »SEE-FAN«!